

# VOLKSKAMMER

## DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode

- 10. Tagung -

Freitag, den 1. Juni 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn der Tagung: 10.00 Uhr

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl ..... S.283

### 1. Antrag des Ministerrates der DDR

- Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik (1. Lesung) ..... S.283  
(Drucksache Nr. 29)

Prof. Dr. Wünsche, Minister der Justiz ..... S.283  
Dr. Manhenke für die Fraktion der SPD ..... S.284  
Prof. Dr. Heuer für die Fraktion der PDS ..... S.285  
Dr. Häfner (CDU/DA) ..... S.286  
Thietz (Die Liberalen) ..... S.287  
Zwischenfrage ..... S.287  
Dr. Krause (CDU/DA) ..... S.287  
Brochnow für die Fraktion der CDU/DA ..... S.288  
Frau Prof. Dr. Luft (PDS) ..... S.288  
Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne) ..... S.288  
Bogisch für die Fraktion der SPD ..... S.289  
Claus (PDS) ..... S.289  
Schwarz für die Fraktion der DSU ..... S.289  
Frau Dr. Fischer (PDS) ..... S.290  
Dr. Uilmann (Bündnis 90/Grüne) ..... S.290  
Tschiche für die Fraktion Bündnis 90/Grüne ..... S.290  
Schröder (SPD) ..... S.291  
Dr. Krause (CDU/DA) ..... S.291  
Ebeling (DSU) ..... S.292  
Von Ryssel für die Fraktion der Liberalen ..... S.292  
Dr. Meyer-Bodemann für die Fraktion DBD/DFD ..... S.293  
Prof. Dr. Kauffold (SPD) ..... S.294  
Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl ..... S.294  
Dr. Krause für die Fraktion der CDU/DA ..... S.294  
Wietschel für die Fraktion der SPD ..... S.294

#### Beschluß

Die Volkskammer stimmt mit Mehrheit dem Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer zu, den Antrag des Ministerrates der DDR - Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache Nr. 29) - an alle Ausschüsse außer Ausschuß Wahlprüfung, Geschäftsordnung, Immunität und Petitionsausschuß zu überweisen. Federführend ist der Rechtsausschuß ... S.295

### 2. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

- Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens der Deutschen Demokratischen Republik - 1. Lesung - (Drucksache Nr. 47)

verbunden mit

### 3. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

- Gesetz über den Rechnungshof der Republik - 1. Lesung  
(Drucksache Nr. 48)

verbunden mit

### 4. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

- Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der Deutschen Demokratischen Republik (Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG) - 1. Lesung -  
(Drucksache Nr. 49)

verbunden mit

### 5. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

- Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik - 1. Lesung - ..... S.295  
(Drucksache Nr. 50)  
Dr. Romberg, Minister für Finanzen ..... S.295

#### Beschluß

Die Volkskammer stimmt bei 2 Stimmenthaltungen dem Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer zu, den Antrag des Ministerrates der DDR - Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache Nr. 47) an den Finanzausschuß als federführenden Ausschuß und an den Haushaltsausschuß zu überweisen ..... S.297

#### Beschluß

Die Volkskammer stimmt bei 1 Stimmenthaltung dem Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer zu, den Antrag des Ministerrates der DDR - Gesetz über den Rechnungshof der Republik (Drucksache Nr. 48) an den Haushaltsausschuß als federführenden Ausschuß, den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß zu überweisen ..... S.297

#### Beschluß

Die Volkskammer stimmt bei 2 Stimmenthaltungen dem Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer zu, den Antrag des Ministerrates der DDR - Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der DDR (Drucksache Nr. 49) an den Haushaltsausschuß als federführenden Ausschuß und den Finanzausschuß zu überweisen ..... S.297

#### Beschluß

Die Volkskammer stimmt bei 3 Stimmenthaltungen dem Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer zu, den Antrag des Ministerrates der DDR - Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik (Drucksache Nr. 50) an den Haushaltsausschuß als federführenden



Ausschuß, den Wirtschaftsausschuß und den Finanz-	
ausschuß zu überweisen .....	S.297
Dr. Krüger - Erklärung der Fraktion der CDU/DA.	S.297
Frau Dr. Niederkirchner (PDS) .....	S.298
Prof. Dr. Heuer (PDS) .....	S.298
Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne) .....	S.298
Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl .....	S.298

Die 11. Tagung der Volkskammer der DDR findet am  
Donnerstag, den 7. Juni 1990, um 10.00 Uhr statt.

Ende der Tagung: 11.10 Uhr

#### Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Die 10. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist eröffnet.

Unser herzlich willkommen gilt den Gästen unserer Tagung, darunter Mitgliedern des Diplomatischen Korps.

Verehrte Abgeordnete! Ihnen liegt die Tagesordnung für die heutige Plenartagung vor. Ich verlese die Tagesordnung:

1. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik

- 1. Lesung -  
verzeichnet in der Drucksache Nr. 29

2. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens der Deutschen Demokratischen Republik

- 1. Lesung -  
verzeichnet in der Drucksache Nr. 47

3. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Gesetz über den Rechnungshof der Republik

- 1. Lesung -  
verzeichnet in der Drucksache Nr. 48

4. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der Deutschen Demokratischen Republik

- 1. Lesung -  
verzeichnet in der Drucksache Nr. 49 und

5. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik

- 1. Lesung -  
verzeichnet in der Drucksache Nr. 50.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik (1. Lesung)**  
(Drucksache Nr. 29).

Dazu liegt Ihnen die Drucksache Nr. 29 mit Anlagen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vor. Das Präsidium hat sich auf folgende Verfahrensweise verständigt: Zunächst wird der Minister der Justiz eine ausführliche Begründung abgeben. In der folgenden Aussprache hat jede Fraktion bis zu 15 Minuten Redezeit. Die Reihenfolge wird durch mich festgelegt.

Weiter empfiehlt das Präsidium, den Antrag des Ministerrates einschließlich aller Anlagen an alle Ausschüsse - außer Ausschuß Wahlprüfung, Geschäftsordnung, Immunität und Petitionsausschuß - zur weiteren Behandlung zu überweisen. Federführend soll der Rechtsausschuß sein.

Ich erteile dem Minister der Justiz, Herrn Prof. Dr. Kurt Wünsche, das Wort.

#### Prof. Dr. Wünsche, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990 ist mit dem erklärten Ziel unterzeichnet worden, in Freiheit die Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung alsbald zu vollenden.

Die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion soll nach übereinstimmendem Willen der vertragsschließenden Seiten ein erster bedeutsamer Schritt in Richtung auf die Herstellung der staatlichen Einheit als Beitrag zur europäischen Einigung sein.

Der Vertrag ist von dem gemeinsamen Willen getragen, die Marktwirtschaft als Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich und sozialer Absicherung sowie Verantwortung gegenüber der Umwelt in der Deutschen Demokratischen Republik einzuführen und auf diesem Wege Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Bevölkerung zu schaffen.

Eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit einem einheitlichen Währungsraum im Gebiet beider deutscher Staaten und einer einheitlichen Wirtschaftsordnung erfordert zwingend entsprechende stabile rechtliche Grundlagen. Sie sollen den Erfordernissen des Lebens und der Wirtschaft gerecht werden, möglichst einheitlich sein und den neuen Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit entsprechen.

Notwendig ist zudem - und gerade das ist mit Blick auf die künftige Entwicklung von besonderem Gewicht -, die möglichst konfliktfreie Anwendung des Rechts der europäischen Gemeinschaft nach Herstellung der deutschen Einheit vorzubereiten und zu gewährleisten. Das sind die wichtigsten Gründe dafür, daß der Staatsvertrag insbesondere in seinen Artikeln 3 und 4 wichtige Grundregeln für die Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlagen und die notwendige Rechtsanpassung erhält.

In diesem Zusammenhang steht der Ihnen zur heutigen Beratung vorliegende Entwurf des Gesetzes über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik. Es handelt sich hier um den ersten Gesetzentwurf im Rahmen des jetzt notwendigen umfassenden Gesetzgebungsprogramms zur Realisierung des Staatsvertrages.

In Durchführung des Artikels 3, Satz 2, des Staatsvertrages werden mit diesem Gesetz die in der Anlage 2 des Staatsvertrages aufgeführten Gesetze oder Gesetzesteile der Bundesrepublik Deutschland in ihrer geltenden Fassung in der DDR in Kraft gesetzt.

Die Rechtsordnung der DDR verfügt heute über keine ausreichenden rechtlichen Grundlagen für die soziale Marktwirtschaft. In der Bundesrepublik Deutschland liegen dazu historisch gewachsene und in der Praxis bewährte Rechtsvorschriften vor. Im Interesse der möglichst schnellen Schaffung einheitlichen Rechts auf den Gebieten des Währungs-, Kredit-, Geld- und Münzwesens sowie der Wirtschafts- und Sozialunion können diese Gesetze mit den erforderlichen Überleitungsvorschriften durch die DDR übernommen werden.

Die hiermit erstrebte Schaffung weitgehend einheitlichen Rechts in beiden deutschen Staaten ist ein zwingendes praktisches Erfordernis und auch die allein vertretbare Lösung.

Die im Entwurf des Gesetzes in Übereinstimmung mit der Anlage 2 des Staatsvertrages in der DDR in Kraft zu setzenden Gesetze der Bundesrepublik enthalten Ergebnisse der in den Europäischen Gemeinschaften vorgenommenen Rechtsharmonisierung. Mit der vorgesehenen Rechtsanpassung orientiert sich die Rechtsordnung der DDR damit also zugleich auf zentralen Feldern an der Rechtsentwicklung der Europäischen Gemeinschaften.

Verehrte Abgeordnete! Der Ihnen vorliegende Gesetzesentwurf enthält in den §§ 1-5 in Übereinstimmung mit Artikel 3 des Staatsvertrages die allgemeinen Bestimmungen für die Inkraftsetzung der hier erfaßten Gesetze der Bundesrepublik Deutschland in der DDR. Danach erläßt in der Zeit bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages die Deutsche Demokratische Republik die in der Anlage 2 zum Staatsvertrag vereinbarten Gesetze in der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Fassung durch das Ihnen vorliegende Gesetz als Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Inkraftsetzung der Gesetze erfaßt auch die hier zu erlassenden Rechtsverordnungen sowie die Regelungen und Anordnungen der Deutschen Bundesbank, des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen. Ich verweise hier auf die §§ 1 und 2 des Ihnen vorliegenden Entwurfs.

Sofern in den Rechtsvorschriften Verweisungen auf andere Rechtsvorschriften erfolgen, ist zwischen den Vertragsparteien des Staatsvertrages festzulegen, welche vergleichbaren Rechtsvorschriften der DDR an deren Stelle treten oder ob die in Bezug genommenen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR zur Anwendung kommen. Die entsprechende Regelung ist in § 5 des Gesetzesentwurfes festgelegt.

Die Schaffung einheitlicher Rechtsgrundlagen für die soziale Marktwirtschaft im Rahmen einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kann kein einmaliger Rechtsakt sein. Recht unterliegt notwendigerweise der Weiterentwicklung und Änderung. Deshalb ist vorgesehen, daß nach Inkrafttreten des Staatsvertrages in der Bundesrepublik Deutschland erfolgende Änderungen dieser Gesetze und Rechtsvorschriften in der im § 33 vorgesehenen Weise auch in der DDR gelten. Diese Regelung geht davon aus, daß in Durchführung der entsprechenden Vertragsregel die Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Demokratische Republik bei der Vorbereitung von Änderungen der hier in Frage kommenden Rechtsvorschriften unterrichtet und ihre Stellungnahme einholt. Die Vorbereitung und Abgabe dieser Stellungnahme erfolgt nach den von den zuständigen Organen der DDR zu treffenden Festlegungen.

Dem vorgesehenen inneren Aufbau des Gesetzesentwurfes folgend, werden in den §§ 6-32 des Entwurfes entsprechend der Gliederung der Anlage 2 des Staatsvertrages jeweils in einem gesonderten Paragraphen die einzelnen in der DDR in Kraft zu setzenden Gesetze für die Gebiete Währungsunion, Wirtschaftsunion und Sozialunion unter exakter Bezeichnung ihrer geltenden Fassung behandelt. Dabei werden, auf jedes Gesetz bezogen, die für die Übernahme erforderlichen Übergangsvorschriften festgelegt. Das gilt insbesondere für die Klarstellung von Zuständigkeiten von Behörden und sonstigen Stellen, für Verweise auf subsidiär anzuwendendes Recht, für die Klärung von Begriffen und für die Anpassung von Straf- und Ordnungsstrafbestimmungen und anderes. Aufgehoben werden in diesen Vorschriften solche Bestimmungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, deren Aufgabe es war, die zentralistische und dirigistische Wirtschaftsleitung abzusichern.

Die sich aus dem Ihnen vorliegenden Gesetzesentwurf ergebenden Auswirkungen auf geltende Rechtsvorschriften der DDR werden in weitere Gesetzesvorlagen Eingang finden, die Ihnen zur Durchführung des Staatsvertrages umgehend unterbreitet werden.

Ich bitte Sie, verehrte Abgeordnete, im Auftrag des Ministerrates um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Minister. Wir treten nun in die Aussprache ein. Ich bitte als ersten Redner von der Fraktion der SPD Herrn Volker Manhenke, das Wort zu ergreifen.

**Dr. Manhenke für die Fraktion der SPD:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Finanzpolitik bildet einen Schwerpunkt unserer derzeitigen Arbeit. Das

trifft für das Rahmengesetz zu, für die Vielzahl der Einzelgesetze, für den Staatsvertrag insgesamt. Finanzwesen, Haushaltswesen, Steuerrecht - innerhalb eines halben Jahres ist eine Anpassung an die Bundesrepublik zu erreichen. Bis zur Beschlußfassung über den Staatsvertrag werden außerdem weitere verbindliche Erklärungen in Briefwechseln zum Staatsvertrag erfolgen müssen; denn es gibt hier noch Handlungsbedarf im Interesse unserer Bürger.

Die D-Mark kann ich nur verdienen, wenn ich in einem wettbewerbsfähigen Betrieb arbeite. Der Betrieb muß Leistungen erbringen, die auf dem Markt abgesetzt werden können, und zwar auch nach dem 2. Juli 1990. Der Betrieb muß den Nachweis der Marktfähigkeit erbringen, damit er seine Umlaufmittelkredite in D-Mark von der Bank erhält. Sonst ist er zahlungsunfähig.

Die SPD tritt dafür ein, die Betriebsschulden so zu regeln, daß Betriebe nicht geschlossen werden müssen, weil ihre D-Mark-Eröffnungsbilanz eine zu hohe Verschuldung aufweist, denn eigentlich hat der Staat als Eigentümer gewirkt, und er ist der Schuldner. Die SPD hat im Finanz- und Wirtschaftsausschuß folgende Forderung eingebracht: Die Kreditwürdigkeit der DDR-Betriebe am 1. 7. ist zu sichern durch Schuldübernahme in den Staatshaushalt, zumindest Bürgschaft bei der Kreditbank AG. Außerdem tritt die SPD dafür ein, daß die Abwertung der Kredite differenziert erfolgt, nicht pauschal 1:2. Sie muß entsprechend den Sachwerten erfolgen, also bei Grundstücken und Häusern keine Abwertung, da diese Sachwerte steigen.

Vor allem aber ergeht folgender Hinweis an die Regierung: Es ist ungerechtfertigt, die DDR-Staatsschulden auf die Betriebe und das Volksvermögen der Treuhand abzuwälzen. Damit ginge unser Staatshaushalt fast schuldenfrei in die Einheit, während in der BRD die Betriebe kaum, der Staatshaushalt dagegen mit 900 Milliarden DM verschuldet ist. Diese Schulden übernehmen wir bei der Einheit auch anteilig mit.

Meine Damen und Herren, liebe Bürger! Wir dürfen natürlich nie vergessen, daß es die SED war, die uns in 40 Jahren Herrschaft in diese wirtschaftliche und gesellschaftliche Misere gebracht hat. Niemand kann heute die Zeit nach dem 1. Juli 1990 ausreichend einschätzen. Welcher Handlungsbedarf wird in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Umwelt- und Währungspolitik für beide Regierungen und die Parlamente eintreten? Es ist deshalb erforderlich, in einem Briefwechsel eine sehr flexible Anwendung der §§ 9 und 36 des Staatsvertrages über Änderungsmöglichkeiten vorzusehen. Die Mantelgesetzgebung, das Haushaltsgesetz sind entsprechend zu gestalten. Als Instrument für die Beratung von Änderungen könnte der Ausschuß für Deutsche Einheit eingesetzt werden.

Noch ein Wort zum Volksvermögen: Wir wollen die im Staatsvertrag an unsere Bürger gegebenen Versprechen einhalten. Dazu gehört, das Volksvermögen der Treuhand auch für die spätere Rückvergütung zunächst abgewerteter Sparguthaben oder auch für Volksaktien einzusetzen. Dabei wollen wir Wohnungseigentum zur Sicherung der Mieter ermöglichen. Darauf werden wir uns bei der parlamentarischen Arbeit und Kontrolle der Gesetzgebung und ihrer praktischen Durchführung konzentrieren.

Arbeitsförderung steht also im Mittelpunkt. Dazu kommen soziale und Eigentumsfragen, die in den Gesetzen im Sinne unserer Bürger zu regeln sind. Ich möchte hier auch einen Appell an die Bürger richten: Jeder, der DDR-Produkte kauft an Stelle von Westwaren, hilft beim Erhalt der Arbeitsplätze mit.

(Beifall)

Jeder muß wissen, je mehr Arbeitslose wir haben, desto höher wird auch der Lohnabzug für die Arbeitslosenversicherung jedes einzelnen, der Arbeit hat.

Ein Wort zur Fülle der neuen Gesetze. Wir Abgeordneten lassen uns nicht entmutigen bei deren Bearbeitung. Auch wir müssen die Steuergesetze erst kennenlernen - wie jeder Bürger. Informiert Euch! Wir treten für kostenlose Beratung der Bürger ein. Vom Finanzministerium sind Broschüren zu verteilen, da

mit sich jeder informieren kann. Grundsatz unserer neuen demokratischen Politik ist ohnehin: Die Öffentlichkeit ist präzise zu informieren. Keine Geheimnistuerei! Unabhängige Kontrollorgane für die Finanzen des Staatshaushaltes, z. B. durch den Rechnungshof, sind zu bilden, und der Volkskammer ist Rechnung zu legen. Ist die Republik Mitbesitzer von Unternehmen, so ist der Finanzminister mit zuständig. Haben Anteile von Unternehmen besondere Bedeutung, so dürfen sie nur mit Einwilligung der Volkskammer veräußert werden. So ist es auch im Entwurf des Gesetzes über die Haushaltsordnung vorgesehen.

Im übrigen treten wir für die Überweisung in die Ausschüsse ein. - Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU/DA)

### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Manhenke. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Heuer von der Fraktion der PDS, das Wort zu nehmen.

### **Prof. Dr. Heuer für die Fraktion der PDS:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit Marx gehört es wohl immer mehr zum Allgemeinwissen, daß zwischen Ökonomie und Recht ein außerordentlich enger Zusammenhang besteht. Max Weber hat auf den Zusammenhang zwischen der Entstehung des Kapitalismus und der Herausbildung des abstrakten Rechts hingewiesen. Bei dem von Stalin ermordeten sowjetischen Wissenschaftler Panschukanis findet sich eine überzeugende Darstellung des Zusammenhangs von Ware-Geld-Beziehungen und Recht. Es ist zwangsläufig, daß ein gemeinsamer Markt ein gemeinsames Recht erfordert. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion muß notwendig in bestimmtem Maße eine Rechtsunion sein. Das bedeutet auch, daß der wesentlich stärkere Partner, die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland, ihr Recht in hohem Maße auf uns überträgt. Allerdings gilt das - ich glaube, das müssen wir uns deutlich machen - für die verschiedenen Rechtsgebiete in verschiedenem hohem Maße. Wenn wir etwa nehmen das Aktienrecht - da gilt ja in der DDR bekanntlich das Aktiengesetz von 1937 oder das GmbH-Gesetz von 1898. Die Ersetzung dieser Gesetze durch modernes kapitalistisches Recht aus der Bundesrepublik stellt zweifellos einen Fortschritt dar.

In dem Maße aber, in dem soziale Fragen berührt werden, müssen wir die Dinge anders sehen. Das gilt z. B. für Regelungen zum Schwangerschaftsurlaub, für Fragen der Freistellung bei Erkrankung der Kinder, das gilt am stärksten für Fragen des Strafrechts und des Familienrechts. In diesem Bereich muß auf Traditionen und Gewohnheiten, auf Ergebnisse von 40 Jahren DDR-Entwicklung viel stärker Rücksicht genommen werden. Das zeigt z. B. sehr deutlich die Diskussion um den § 218 des Strafgesetzbuches.

Wir werden also in unserer Arbeit in den Ausschüssen und danach in der Kammer hinsichtlich der Übertragung bundesdeutschen Rechts sehr deutlich differenzieren müssen zwischen Gesetzen, die in sehr engem zwangsläufigen Zusammenhang zur Währungs- und Wirtschaftsunion stehen, und den Gesetzen, die damit in keinem so engen Zusammenhang stehen, bei denen wir stärker unbedingt die Interessen, die Traditionen der Bürger dieses Landes berücksichtigen müssen. Das wird eine ganz wichtige Aufgabe in unserer künftigen Arbeit sein, der wir uns sachlich im Konsens unterziehen sollten.

(Zuruf bei der PDS: Sehr richtig!)

Wir haben heute gleichsam die erste Gruppe von Gesetzen vorliegen. Wir beschließen jetzt etwas, was man ein Mantelgesetz nennt nach den Traditionen der Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland. Wir beschließen damit aber nicht einfach nur dieses Mantelgesetz, sondern mit der Beschlußfassung über dieses Gesetz gleichzeitig 28 weitere Gesetze, ganz oder teilweise, die insgesamt in den vorliegen-

den Broschüren ja 800 Seiten umfassen. Das heißt, es wird über diese 800 Seiten beschlossen, mit leichten Abänderungen der entsprechenden Bundesgesetze. Diese Liste entspricht der Anlage 2 des Entwurfs des Staatsvertrages. Dabei bilden den Schwerpunkt Währungs- und Wirtschaftsunion.

Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß das in vielen Fällen unvermeidliche Konsequenz der beschlossenen Linie ist. Aber wir müssen eines bedenken: Eine solche Fülle unbekanntem Rechts in Terminologie, Struktur und Herangehensweise wird für unser Land, für die Bevölkerung, für die Menschen dieses Landes außerordentlich große Probleme bringen, wenn man bedenkt, daß in der DDR die Einführung neuer Gesetze monatelang vorbereitet wurde, daß über eine Reihe von Gesetzen eine Volksdiskussion durchgeführt wurde.

(Lachen bei der SPD)

Entschuldigen Sie, Sie haben daran vielleicht nicht teilgenommen, Sie waren zu jung, aber das ist wirklich so gewesen. Über das Zivilgesetz ist in diesem Lande ausführlich diskutiert worden. - In der Bundesrepublik Deutschland werden die Gesetze ebenfalls langandauernd vorbereitet. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist 1896 angenommen und 1900 eingeführt worden. Es ist einfach ein normales Verhalten, das Gesetze längere Zeit vorbereitet werden.

Hier werden Gesetze in eine andere Gesellschaft eingeführt, die nicht darauf vorbereitet ist. Das wird große sozialpsychologische Probleme bei der Bevölkerung hervorrufen. Seien Sie überzeugt, es wird auch in der Bundesrepublik viel über das Problem der Rechtsfremdheit des Volkes gesprochen. Hier kommt über uns eine Lawine von Recht. Ich habe nicht gesagt, daß dieses Recht juristisch schlecht ist, ich habe einfach nur gesagt: es ist unbekannt. Und damit ist die Bewältigung dieser Aufgabe für die Menschen in vielen Fällen außerordentlich schwierig, und wir sollten gemeinsam dafür sorgen, daß dieser Prozeß sich so vollzieht, daß er von unserer Bevölkerung angenommen werden kann.

(Beifall bei der PDS)

Das ist ein wirklich ernsthaftes und wichtiges Problem, dem wir alle uns stellen müssen.

(Beifall)

Das geforderte große Tempo bei der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schließt eine Vorbereitungszeit aus. Für um so dringlicher halte ich es, das ist eben schon von meinem Vorredner gesagt worden, eine gute Informationstätigkeit zu leisten. Es ist von kostenloser Beratung gesprochen worden. Ich würde das unterstützen. Ich würde auch als Frage aufwerfen: In dem vorgeschlagenen Gesetz steht drin, daß diese neuen Gesetze über den Sonderdruck verteilt werden. Die Juristen unter Ihnen wissen, daß der Sonderdruck etwas ausgesprochen Elitäres ist. Ich bin der Meinung, es handelt sich um Gesetze, die für die Bürger wichtig sind, die für sie bedeutsam sind. Ich meine, sie sollten in die normale Ausgabe des Gesetzblattes kommen. Einfach, damit alle Bezieher sie erhalten, weil es für sie alle ein wichtiges Handwerkszeug ist.

(Beifall)

Auf der anderen Seite sollten wir als Ausschüsse, wir als Kammer, den Spielraum voll ausnutzen, der uns bleibt, und sorgfältig prüfen. Wir haben eine Verantwortung. Wir müssen prüfen, was bei Einhaltung der Verpflichtungen hier zu machen ist. Wir müssen auch prüfen, was unserer Stellung als Staat nicht entspricht, wo über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hinaus unzumutbare Forderungen gestellt werden. Unsere Pflicht ist eine sorgfältige Prüfung. Das ist bei dieser 1. Lesung, wie Sie alle wissen, unmöglich. Das ist selbst für Juristen unmöglich. Für die Nichtjuristen unter Ihnen ist es eine unzumutbare Aufgabe. Wir können uns nicht über ein Gesetz verantwortungsvoll äußern, das wir vor zwei Tagen erstmalig gesehen haben und dessen eigentlichen Inhalt wir gestern nachmittag erhalten haben.

(Beifall bei der PDS)

Da die 1. Lesung heute trotzdem angesetzt wurde, möchte ich nur an drei Beispielen deutlich machen, um welche Probleme es geht, wo ich jedenfalls Probleme sehe. Wir werden das ja dann im einzelnen in den Ausschüssen diskutieren.

Es heißt zum Beispiel im Gesetz über das Kreditwesen der Bundesrepublik Deutschland, was übernommen werden soll, daß die Gesamtvollstreckung, also der Konkurs, nur auf Antrag des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen eingeleitet werden kann, und das über Anfechtungsklagen, gegen dessen Entscheidung das Bundesverwaltungsgericht der BRD in erster und letzter Instanz entscheidet. Das heißt über die zu erwartenden Konkurse in diesem Land, und ich befürchte, daß es nicht wenige Konkurse sein werden, über diese zu erwartenden Konkurse wird dann von einer Behörde der Bundesrepublik und dann in letzter Instanz von einem Gericht der Bundesrepublik entschieden. Ich halte das für außerordentlich problematisch.

Im Versicherungsaufsichtsgesetz steht, daß Genehmigungen für die Aufnahme des Versicherungsgeschäfts in der DDR vom Bundesaufsichtsamt erteilt werden. Anfechtungsklagen dagegen werden durch das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Das heißt, wer eine Versicherung in der DDR, ein Versicherungsgeschäft in der DDR aufnehmen will, darüber entscheidet eine Behörde der Bundesrepublik, und bei Anfechtungsklagen gegen diese Entscheidung entscheidet wiederum ein Gericht der Bundesrepublik.

Noch eine Bemerkung zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung. Sie kennen den Mechanismus in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ja durch das Verfahren Messerschmidt-Blohm-Boelkow mit Daimler-Benz allgemein bekannt geworden. Der entscheidende Unterschied in der Regelung, die für die DDR vorgesehen ist, - es geht darum, Marktbeherrschung auszuschließen - liegt darin, daß in der geltenden BRD-Regelung bei Vermutung marktbeherrschender Stellung der Zusammenschluß untersagt wird.

Die Regelung, die für die DDR vorgesehen ist, sieht vor, daß er untersagt werden kann. Das heißt, der marktbeherrschende Zusammenschluß wird bei uns leichter sein als in der Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem ist die Prüfungsfrist nach der bundesrepublikanischen Regelung 1 Jahr, das heißt, das Bundeskartellamt kann 1 Jahr prüfen, während nach der DDR-Regelung nur eine 2-monatige Prüfungsfrist für die entsprechende Wettbewerbskontrollbehörde bei uns vorgesehen ist.

Besonders sorgfältig sollten wir die die Interessen der Arbeiter und Angestellten unmittelbar berührenden Gesetze für Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz sowie das Kündigungsgesetz studieren und prüfen. Ich habe den Eindruck, daß es im § 30 des Betriebsverfassungsgesetzes der BRD eine positive Regelung ist, daß nach demokratischen Grundsätzen vor dem 1. Juli gewählte Arbeitnehmervertretungen bis zur Wahl eines neuen Betriebsrates Ende des Jahres im Amt bleiben. Ich nehme an - das müßte vielleicht im Ausschuß besprochen werden -, daß sich das auf die BGL bezieht.

(Zwischenruf der Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:  
Gestatten Sie zwei Anfragen?)

Dürfte ich noch ein bißchen weiter sprechen? Ich erlaube es mir.

In diesem Zusammenhang noch eine letzte Bemerkung. In § 24 des Gesetzes über den Widerruf von Haustürgeschäften vom 16. Juni 1986, das ich für ein interessantes Gesetz halte, ist der Schutz von Überrumpelung am Arbeitsplatz, in der Privatwohnung, bei Freizeitveranstaltungen gesichert. Man kann abgeschlossene Haustürverträge binnen einer Woche widerrufen.

Ich halte das für eine positive Regelung. Ich meine aber, daß das gegenwärtig nicht die Hauptsorge der DDR-Bürger ist. Ich würde meinen, daß uns eine andere Form der Überrumpelung in

diesem Lande gegenwärtig in viel höherem Maße bevorsteht, nämlich die Spekulation bei Grund und Boden.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne  
sowie vereinzelt bei SPD)

Natürlich gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein Gesetz gegen Bodenspekulation. Ich werfe deshalb niemand, der in Bonn diese Gesetze vorbereitet hat, vor, daß sie uns kein solches Gesetz anbieten. Ich meine aber -, das ist kein Vorwurf an Bonn, sondern an uns selbst -, daß wir zum Beispiel nicht so dringend ein Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften brauchen, sondern ein Gesetz gegen Bodenspekulation.

(Beifall vorwiegend bei PDS)

**Dr. Häfner (CDU/DA):**

Herr Abgeordneter, weil Sie gestern die Provokateure und Straftäter hier im Haus umarmt und beglückwünscht haben zu ihrer Aktion, muß ich Sie fragen, wie Sie es meinen in Ihren Ausführungen,

(Protest bei Bündnis 90/Grüne)

daß Sie sehr sorgfältig Veränderungen im Strafrecht in unserem Lande verfolgen wollen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter! Ich glaube, wir verhandeln heute über andere Gesetze.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Es tut mir leid. Es sind nur Sachanfragen hier gestattet - zur Sache, bitte. Wenn Sie zur Sache eine Anfrage haben, dann sagen Sie es.

**Dr. Häfner (CDU/DA):**

Es war in den Ausführungen von Prof. Heuer zum Strafrecht die Rede. Deshalb war ja meine Frage, ob er das für erhaltenswert hält, was wir bisher hatten.

(vereinzelt Beifall bei CDU/DA)

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Aber, Herr Thietz, von Ihnen erwarte ich eine sachgerechte Frage. Wir haben im Ausschuß ja gut zusammengewirkt.

**Thietz (Die Liberalen):**

Herr Professor Heuer! Ich stimme mit Ihnen vollkommen überein, daß wir gehalten sind, wirklich alles zu tun, um keine Unruhe im Volk aufkommen zu lassen und wirklich einen reibungslosen Übergang zu dieser für uns doch sehr ungewohnten sozialen Marktwirtschaft zu erreichen. Und würden Sie es dann nicht auch für sehr verfehlt halten, und da muß ich mich wirklich zügelnd, wenn hier zu lesen ist, daß Herr Gysi gestern gesagt hat, notfalls muß es in der DDR eine zweite Revolution geben. Also das finde ich unverantwortlich. Laut „Berliner Morgenpost“ von heute.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Also im Zweifel würde ich annehmen, daß er das nicht gesagt hat.

(Unruhe im Saal - erregte Zwischenrufe, so von der SPD:  
Ich habe es gehört - Rattenfänger!)

Entschuldigen Sie. Ist ja gut. Hier war noch eine Frage. Bitte.

**Zwischenfrage:**

Herr Abgeordneter Heuer! Ich bitte, meine Frage nicht als Provokation aufzufassen, wenn ich sie stelle. Ich muß sie als Frage stellen, um mein Anliegen deutlich zu machen. Ich unterstütze voll Ihre Befürchtungen, daß für unsere Bevölkerung hier ein Wust von gesetzlichen Bestimmungen auf uns zukommt, die sie nicht auf Anhieb begreifen kann. Es fällt auch den Juristen schwer.

Ich unterstütze Ihr Anliegen, daß wir alles tun müssen, um die Bevölkerung aufzuklären und nicht irre zu führen. Und jetzt kommt meine Frage, die ich nicht als Provokation auffassen möchte.

Bei Ihrem Punkt 1, den Sie nannten, wiesen Sie unter anderem darauf hin, daß es wahrscheinlich nun künftig so sein wird, bei den vielen Konkursverfahren, die vielleicht anlaufen können, daß das Bundesaufsichtsamt und das Kreditwesen bzw. westdeutsche Organe nach § 46 Absatz 2 entscheiden. Ich bitte aber zu beachten - das ist die Frage -, haben Sie dabei überlesen, daß die Regelung des § 46 Absatz 2 sich nur auf Konkursverfahren von Kreditinstituten bezieht? Das ist nämlich ein prinzipiell anderes, als wenn man den Schwarzen Peter hier darstellt, daß es sich um alle Konkursverfahren handelt.

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Also ich will Ihnen sagen, es ist natürlich möglich bei der Eile. Ich habe meine Rede heute Nacht vorbereitet. Wir werden uns darüber unterhalten. Aber es sind offenbar Bundesbürger, die die letzte Entscheidung fällen. Das halte ich für feststehend. Ich habe das ja auch beim Versicherungsschutzgesetz gesagt.

**Dr. Krause (CDU/DA):**

Zu allererst möchte ich mich bedanken, daß Sie Ihr Angebot gemacht haben, in Sachen der gesetzlichen Vorschriften konstruktiv zusammenzuarbeiten, von denen wir uns einen Fortschritt erhoffen. Ich möchte zur Bodenspekulation folgende Anfrage an Sie richten. Es steht in Anlage 9 unter 4. folgendes: „Kann im Rahmen der Vertragsfreiheiten und den übrigen Klauseln vorgesehen werden.“

Könnten Sie sich vorstellen, daß wir als Verhandler der DDR uns darunter vorstellen, daß wir Klauseln zur Vermeidung von Spekulationen genau damit gemeint haben?

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Ich möchte gern darauf antworten. Soweit ich das sehe - ich spreche ja hier über unser Gesetz und nicht über den Staatsvertrag, über den Entwurf werden wir noch zu reden haben -, das Problem ist folgendes:

Bei den Haustürgeschäften - ich habe es damit in Vergleich gezogen - wird der Überrumpelung des Kaufenden durch den Verkaufenden entgegengetreten. Das ist der Sinn. Das heißt, man kann etwas, was man unterschrieben hat, in einer Woche widerrufen.

Ich war einfach der Meinung, daß bei der Bodenspekulation bei uns - natürlich kann man Klauseln reinnehmen -, ich weiß, welche Klauseln Sie meinen, aber das hängt doch davon ab, ob die Leute, wenn bei uns jemand bei uns jetzt kommt auf ihren Hof und sagt, ich biete dir das Fünffache, er ahnt gar nicht, daß er das 30fache verlangen könnte. Das weiß er nicht. Woher soll er das wissen? Er weiß nicht, daß sein Grundstück günstig liegt, daß hier der Preis vielleicht in einem Jahr auf das 30fache steigen wird. Das werden viele bei uns nicht wissen.

Und deshalb bin ich der Meinung, daß wir uns in diesem Falle nicht damit beruhigen können, daß man im Rahmen der Ver-

tragsfreiheit bestimmte Dinge vereinbaren kann, sondern man muß die Menschen hier, wo es um Tausende von Mark geht, besser schützen als beim Kauf eines Staubsaugers. Das war mein Anliegen.

(Beifall bei PDS und SPD)

**Dr. Krause (CDU/DA):**

Darf ich eine Zusatzfrage stellen - genau zu dem Gegenstand?

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Ich würde bitten: Ich möchte meinen Beitrag zu Ende führen. Vielleicht machen wir Schluß, Herr Krause.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Dr. Krause, es tut mir leid. Wenn der Abgeordnete die Zusatzfrage nicht zuläßt, muß ich Sie bitten, sich hinzusetzen. Bitte, Herr Dr. Heuer!

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Ich möchte abschließend noch zu einem, nach meiner Ansicht ebenfalls sehr ernstem Problem sprechen. Es ist im Mantelgesetz festgelegt, daß mit der Inkrafttretung der Gesetze auch die zu ihrer Durchführung erlassenen Rechtsverordnungen, Regelungen und Anordnungen der Deutschen Bundesbank, des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen in Kraft treten. Alle diese Vorschriften kennen wir überhaupt noch nicht. Sie gehen über die 800 Seiten Text hier erheblich hinaus. Sie sollen ebenfalls später zum Teil im Sonderdruck erscheinen, zum Teil möglicherweise gar nicht. Es geht also noch um sehr viel mehr Rechtsstoff als in den Gesetzen, die wir hier auf den 800 Seiten haben.

Soweit in Gesetzen auf andere Gesetze verwiesen wird und hier keine Regelung vorgesehen ist, soll die Regierung der DDR im Einvernehmen mit den zuständigen Organen der BRD festlegen, welche vergleichbaren Rechtsvorschriften an die Stelle treten. Das bedeutet, daß beide Regierungen gemeinsam festlegen, welche Gesetze gelten. Ich halte das für verfassungsrechtlich sehr fragwürdig. Hier ist ermöglicht, daß Gesetze durch Regierungsbeschluß, durch gemeinsame Regierungsbeschlüsse eingeführt werden. Für am schwierigsten, für mich am schwersten, mich positiv zu äußern, ist der § 33. Danach gelten - darauf hat der Justizminister schon Bezug genommen - alle Änderungen der Gesetze und Rechtsverordnungen, die hier übernommen werden sollen, automatisch auch in der DDR. Die zuständigen Organe - dabei ist nicht dargelegt, wer das ist - sind auf Stellungnahmen - und das sind unverbindliche Stellungnahmen - beschränkt. Das heißt, wir haben dann ein Gesetzgebungsrecht der BRD, das unmittelbar für die DDR wirksam ist.

Ich hatte heute nacht nicht die Möglichkeit, nach vergleichbaren Fällen in der Rechtsgeschichte zu suchen, daß die Gesetzgebung in einem Staat durch das Parlament eines anderen Staates erfolgt. Ich halte eine solche Regelung in Beziehungen zwischen gleichberechtigten Staaten für absolut unannehmbar.

Ich bitte alle Abgeordneten, in den Ausschüssen diese Gesetze trotz der kurzen Zeit, die wir haben, sorgfältig zu prüfen - entsprechend der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten, daß bei der Übernahme des Wirtschaftsrechts- und Sozialrechtssystems der BRD darauf zu achten ist, daß in Übergangszeiten die notwendigen Sonderregelungen getroffen werden.

Ich hatte erwähnt, daß bei Haustürgeschäften ein Widerruf innerhalb einer Woche möglich ist. Was wir hier gestern beschlossen haben, morgen beschließen werden, in 14 Tagen beschließen werden, können wir nicht mehr widerrufen. Wir haben die Verantwortung für das Schicksal von 16 Millionen DDR-Bürgern - für alles, was wir hier beschließen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS, Liberale)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Prof. Heuer. Ich bitte jetzt von der Fraktion der CDU/DA den Abgeordneten Herrn Jörg Brochnow, das Wort zu nehmen. - Entschuldigung, ich habe das nicht gesehen. Herr Prof. Heuer, gestatten Sie noch eine Anfrage?

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Eigentlich wollte ich mich jetzt wieder hinsetzen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Gut. Tut mir leid.

**Brochnow für die Fraktion der CDU/DA:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das uns vorliegende Gesetz ist ein wichtiges Instrumentarium für die schon jetzt so offensichtlich dringendst notwendige Rechtsanpassung zur Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland. Die bestehende Gesetzlichkeit steht in maßgeblichen Positionen und Rechtsauffassungen im eklatanten Widerspruch zu bereits bestehenden Realitäten in der Noch-DDR. Da gibt es volle Ställe und leere Fleischerläden, volle Lager und leere Regale, kommunistische Betriebsdirektoren oder solche, die sich früher so dünkten, und Leiter, die Betriebe wie Karikaturen von Frühkapitalisten des 19. Jahrhunderts regieren. Da gibt es Millionen von Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, die deren Willkür schutzlos ausgesetzt sind, da Begriffe wie Montanmitbestimmung und Betriebsverfassung sowohl für die meisten Werkstätten in Betrieben wie auch für unsere bestehende Gesetzlichkeit noch exotische Termini sind.

Die CDU/DA-Fraktion dieses Hauses ist bekanntermaßen mit anderen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses der Auffassung, daß es ein bißchen soziale Marktwirtschaft nicht gibt. Plumpse, von Politikadern geführte, umweltzerstörerische und zentralistische Staatskartelle in Industrie, Handel und anderen Bereichen sind ein besonders schnell zu beseitigendes Grundübel der uns überlassenen sozialistischen Errungenschaften.

Die durch den § 14 vorliegende gesetzesmodifizierte Übernahme des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist uns deshalb genauso wichtig wie die Einführung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und die anderen in diesem vorliegenden Mantelgesetz aufgeführten Teile bundesdeutschen Rechts.

Wir erahnen, meine Damen und Herren, den Arbeitsaufwand, der bei der Verifizierung des Staatsvertrages und bei der Überführung der bundesdeutschen Gesetzgebung in geltendes Recht der DDR auf uns Abgeordnete, vor allem die Juristen in der Wirtschaft und im praktischen Recht, die Kommunalpolitiker und eigentlich auf alle Bürger zukommt. Aber ein rechtsstaatliches System benötigt nun einmal rechtsstaatliche Gesetze, wo im Unrechtsstaate der große und geliebte Führer bestimmte. Ich denke, es kann und wird uns auch eine Genugtuung sein, durch Fundamentierung der Rechtsstaatlichkeit in diesem Teile Deutschlands saubere Verhältnisse zu schaffen. Möge die Zeit der Freislers und Hilde Benjamins durch unser Wirken in diesem Hohen Hause auf deutschem Boden für ewig der Vergangenheit angehören.

(Unruhe im Saal, erregte Zwischenrufe - Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Das ist doch ein Hohn!)

Das zu beschließende Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR ist sowohl in Hinsicht auf Artikel 4 des Staatsvertrages als auch für die dringendst notwendige Beseitigung bestehender Rechtsfreiräume, die Herstellung wettbewerblicher Wirtschaftsstrukturen und die Absicherung der Arbeitnehmer von großer Dringlichkeit.

Meine Damen und Herren! Ich wollte keinesfalls Juristen dieses Landes jetzt beleidigen mit dem Ausspruch.

(Zuruf: Freisler hat Morde begangen. Das müßten Sie wissen! - Unruhe im Saal)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich möchte die Abgeordneten bitten!

**Brochnow (CDU/DA):**

Ich wollte mich jetzt insofern äußern, daß es also meine Absicht war, mit dem eben Gesagten zu dokumentieren, daß ich glaube, daß es für uns eine wichtige Aufgabe sein kann, einen Unrechtsstaat hier in Deutschland nicht wieder zuzulassen und Rechtsstaatlichkeit hier in diesem Hause mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln für Gesamtdeutschland zu sichern.

(Unruhe im Saal)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Prof. Dr. Luft (PDS):**

Herr Abgeordneter! Können Sie sich meiner Meinung anschließen, daß, wenn wir nun schon bundesdeutsches Recht übernehmen und wir auch bundesdeutsche Politiker und Wirtschaftler herbeiholen, um dies umzusetzen, daß wir uns dann wenigstens auf solche Menschen orientieren sollten, die in ihrem eigenen Lande Erfolg hatten. Ich bin erstaunt über eine Meldung, die heute durch die Medien geht, daß Herr Friedrichs in seiner Funktion als Sanierer des Coop-Konzerns dazu nicht in der Lage gewesen ist, aber bei uns Leiter der Treuhandstelle werden soll, um eine ganze Wirtschaft zu sanieren. Ich kann mir das nicht vorstellen. Könnten Sie sich meiner Meinung anschließen, daß es gut wäre, hier Menschen auszusuchen, die in ihrem eigenen Lande erfolgreich gewesen sind?

**Brochnow (CDU/DA):**

Frau Abgeordnete! Weder die Person noch der Vorgang ist mir bekannt. Ich bedaure, Ihnen darauf jetzt nicht eine Antwort geben zu können.

(Zuruf: Das ist schlimm. Sie sollten mal Zeitung lesen!)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie noch eine weitere Anfrage?

**Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):**

Herr Abgeordneter! Sind Sie wirklich der Meinung, daß wir mit einem Justizminister Rechtsstaatlichkeit durchsetzen können, der das von Hilde Benjamin ausgearbeitete Gesinnungsjustizgesetzbuch auf den Weg gebracht hat? Unter anderem nach den Paragraphen dieses Gesetzbuches bin ich verurteilt worden wegen Zusammenrottung. Meinen Sie, daß so ein Justizminister geeignet ist, hier Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen?

(Beifall vor allem bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

**Brochnow (CDU/DA):**

Frau Abgeordnete! Ich denke, daß der Ministerpräsident hier eine Wahl getroffen hat, die ...

(Zuruf beim Bündnis 90/Grüne: Denken Sie doch mal selber!)



Auch dieser Vorgang ist mir leider ...

(Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Sie haben den Vergleich mit Hilde Benjamin gebracht.)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich möchte die Abgeordneten um Ruhe und Sachlichkeit bitten. Fahren Sie bitte in Ihren Ausführungen fort, Herr Abgeordneter!

**Brochnow (CDU/DA):**

Das zu beschließende Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR ist sowohl in Hinsicht auf Artikel 4 des Staatsvertrages als auch für die dringendst notwendige Beseitigung bestehender Rechtsfreiräume, die Herstellung wettbewerblicher Wirtschaftsstrukturen und die Absicherung der Arbeitnehmer von großer Dringlichkeit.

Die Fraktion der CDU hat die Zustimmung zum Staatsvertrag in der vorliegenden Form vorbehaltlos erklärt. Das ausgestaltende Recht in Form vorliegender Drucksachen findet prinzipiell unsere Zustimmung. Wir gehen davon aus, in einem Rechtsstaat langjährig erfolgreich praktiziertes Recht zu übernehmen. Fundamentierung der Rechtsstaatlichkeit, meine Damen und Herren, ist auch angesichts neuerlicher Aktionen unserer Tage angebracht. Aufrufe zu Gewalt und Ungehorsam, auch fußend auf künstlich geschaffenen Versorgungslücken, sind beredter Ausdruck eines dringenden diesbezüglichen Handlungsbedarfs.

Wir empfehlen die Überweisung in die Ausschüsse unter federführender Arbeit des Rechtsausschusses.

(Beifall bei der CDU/DA)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brochnow. - Ich bitte nun von der Fraktion der SPD den Abgeordneten Frank Bogisch, das Wort zunehmen.

**Bogisch für die Fraktion der SPD:**

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Je näher der 1. Juli rückt, desto düsterer erscheinen die Zukunftsaussichten für die künftige Entwicklung.

(vereinzelt Beifall)

Die in der Volkswirtschaft an verschiedenen Stellen Verantwortlichen starren wie das Kaninchen auf die Schlange. Sie wissen nicht, was kommt und wie sie sich verhalten sollen. Hierzu zwei, drei Bemerkungen.

Die Kreditzusicherung der Kreditbank AG für den laufenden Monat und ab 2. 7. werden an Betriebe nicht gewährt. Es gibt unsichere Anweisungen und Durchführungsbestimmungen der Treuhandanstalt. Über die Zustände im Handel hat der Abgeordnete Manhenke von uns schon berichtet. Diese Starre und Ziellosigkeit! Die allgemeinen Leitsätze aus dem Katechismus der Marktwirtschaft reichen nicht mehr aus. Das nun vorgestellte Mantelgesetz ist der erste Schritt, um konkrete Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb deren künftig in der DDR gewirtschaftet werden kann.

Wir Sozialdemokraten begrüßen die Vorlage des Ministerrates. Es sei jedoch erlaubt, darauf hinzuweisen, daß die verantwortlichen Elemente für die künftige Entwicklung in dieser Vorlage noch nicht vollständig enthalten sind.

1. Die Frage der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, das ständige Gezerre um die Frage und die unverhohlenen Ein-

kassierungsansprüche des Graf Lambsdorff erleichtern die Lösung dieser Fragen nicht.

(Beifall bei der SPD und PDS)

Für uns von der SPD gilt: Jeder Spekulant wird in der DDR schlechtere Bedingungen haben als in der BRD. Jeder, der jedoch investiert, wird hier bessere Bedingungen vorfinden als in der Bundesrepublik. Dies trifft aber auch für DDR-Betriebe zu. Sie benötigen Rechtssicherheit in der Eigentumsfrage.

2. Die aus dem Artikel 14 des Staatsvertrages resultierenden und dringend erforderlichen Maßnahmen zur Regional- und Strukturpolitik sind bisher ungeklärt. Die Zeit drängt. Wir dürfen auch nicht zulassen, daß sanierungsfähige Betriebe wegen mangelnder und nicht rechtzeitiger Hilfe in den Konkurs laufen. Wir dürfen auch nicht zulassen, daß ganze Regionen zu Armuts- und Arbeitslosengebieten werden. Deshalb fordern wir schnellstmögliche Vorlagen zur struktur- und regionalpolitischen Klärung von der Regierung.

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Das vorgelegte Mantelgesetz ist der Vollzug der im Staatsvertrag enthaltenen Änderungen von Rechtsvorschriften und Gesetzen. Nach der Überweisung in die benannten Ausschüsse werden wir dieses mit vollziehen. - Ich danke Ihnen

(Beifall bei der SPD und PDS)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bogisch. - Ich bitte jetzt von der Fraktion der DSU den Abgeordneten Schwarz. - Entschuldigung, eine Anfrage.

**Claus (PDS):**

Herr Abgeordneter Bogisch! Halten Sie Ihre Aussage zur Verhinderung von Bodenspekulationen, der ich zustimme, für vereinbar mit der Anlage 9 zum Staatsvertrag, dem Sie ja dann insgesamt zustimmen wollen?

**Bogisch (SPD):**

Diese Frage ist mehrmals gestellt worden, und wir halten sie für vereinbar. Laut Aussagen des Staatssekretärs Krause vor zirka 10 Tagen in diesem Haus läßt die Anlage 9 diese Interpretation zur Verhinderung von Spekulationen zu, und hier besteht natürlich Handlungsbedarf. Da stimme ich Ihnen zu. Diesen Spielraum wollen wir hier hoffentlich gemeinsam in diesem Sinne ausnutzen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Jürgen Schwarz.

**Schwarz für die Fraktion der DSU:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Mantelgesetz findet die Zustimmung der DSU. Es entspricht unseren Intentionen. Es bahnt den Weg des Beitritts der Länder der DDR nach Artikel 23.

Die Inkraftsetzung von Gesetzen oder Teilen von Gesetzen schafft Klarheit im Lande und regelt vielfältige Fragen. Vor allem die Anpassung an Zuständigkeiten von Behörden ermöglicht es den Bürgern und den Angestellten in diesen Behörden, Entscheidungswege und Verantwortlichkeiten zu erkennen und den Auswüchsen der Bürokratie zu begegnen. Wir leben jetzt in einer Zeit des Umbruchs. Rechtsstaatlichkeit ist in der komplizierten Umstellungsphase auf die freie Marktwirtschaft dringend gefragt.

Wir sind froh, daß der europäische Aspekt in dieser Gesetzesvorlage berücksichtigt wird. Doch ein ernstes Wort an die Mitglieder des Hohen Hauses: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

(Zuruf: Hört, hört!)

Wer den gestrigen Reden der Herren Ullmann und Gysi zuhörte und sich mit ihrem Inhalt auseinandersetzte -, ich war die ganze Zeit dabei -, die tatsächlich, Herr Abgeordneter Heuer, in der Drohung einer zweiten Revolution gipfelten, der erkennt, daß in der kommenden Zeit Gesetzlichkeit und Ordnung im Übergang absolute Priorität haben müssen.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Wir sind uns sicher, daß dieses Mantelgesetz jetzt für Überschaubarkeit sorgt. Im übrigen kann ja in den Ausschüssen an Details gearbeitet werden. Vor allem im sozialen Bereich, so ist mir aufgrund der Kürze der Zeit zur Kenntnis gekommen, sind in diesem Gesetzeswerk bereits Verbesserungen erfolgt.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter!)

Ja, einen Nachsatz noch: Ich danke den Mitarbeitern des Hauses, die gestern so fleißig waren, daß dieses Symbol dort weggenommen wurde und so rasch dem Antrag der DSU stattgegeben wurde.

(Beifall)

Sie haben eine Anfrage?

**Dr. Fischer (PDS):**

Ich habe eine Frage. Sie haben das Wort „freie Marktwirtschaft“ gebraucht. Sie meinen doch sicher „soziale Marktwirtschaft“. Das war doch sicher nur ein Versprecher? Ich wollte mich nur davon überzeugen.

**Schwarz (DSU):**

Freie und soziale Marktwirtschaft. Diese beiden Begriffe sind gut zu vereinen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, es gibt noch eine Anfrage.

**Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):**

Herr Abgeordneter Schwarz, können Sie mir sagen, wann ich gestern zur Unordnung und zum Aufruhr aufgerufen habe?

**Schwarz (DSU):**

Ja, das kann ich Ihnen sagen, wenn ich von der Präsidentin allerdings nicht das Wort entzogen bekomme, weil es ja nicht zu dieser Sache war, über die wir heute sprechen.

Ich stand voll Entsetzen auf diesem Parkplatz und hörte Ihre Rede an, die im Ton noch aggressiver und bissiger war als die von Herrn Gysi. Sie haben in Ihrer Rede die Bürger aufgefordert, auf die Straße zu gehen - fast wörtlich, das nächste Mal schreibe ich mit - auf die Straße zu gehen in einer Zeit, in der jeder einzelne um seinen Platz in der Gesellschaft ringt, wo jeder einzelne beiseitspielt ...

(Meier, PDS: Demokratie, Herr Schwarz!)

Ja, Demokratie ist es, aber in diesem Zustande, die wir ja pausenlos erleben im Hause, vor dem Hause, richtig,

(Zwischenrufe und Bewegung im Saal)

wenn da die PDS oder das Bündnis 90/Grüne zu solchen Dingen aufrufen, wo wir der Meinung sind, die Bürger sollen sich mit unseren Gesetzen, die wir hier entwickeln, vertraut machen und arbeiten ...

(Platzek, Bündnis 90/Grüne: Und schön ruhig sein!)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich möchte doch bitten, daß wir die Sachdebatte fortführen. - Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Frage von Herrn Ullmann? Aber wenn es zur Sache ist!

**Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):**

Zur Sache ja.

(Schwarz, DSU: Ich hatte gestern keine Chance, Herrn Ullmann zu unterbrechen. Ich konnte ihm meine Meinung nicht ...)

Leben wir nun in einem Land, in dem es Demonstrationsfreiheit gibt oder nicht?

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun den Abgeordneten Hans-Jochen Tschiche von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

**Tschiche (Bündnis 90/Grüne):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, zu den kritischen Nachfragen zu diesem Mantelgesetz und zu dem Staatsvertrag ist hier schon eine ganze Menge gesagt worden. Mir geht es eigentlich im Grunde darum, daß wir in diesem Zusammenhang noch einmal über die politische Kultur in diesem Land nachdenken.

Ich denke, im Herbst haben wir ausprobiert, mündige Bürgerinnen und Bürger am politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß zu beteiligen.

In der Zeit der vierzig Jahre, die wir erlebt haben, ist die öffentliche, politische und gesellschaftliche Moral zerfallen gewesen, und unsere große Hoffnung war und ist und sie wird auch für die Zukunft bleiben, daß wir an den politischen und gesellschaftlichen Prozessen insgesamt als Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande beteiligt bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne, PDS und bei der SPD)

Und was ich selber gestern abend erfahren habe, ist, daß ich einen Berg Papier auf den Tisch bekam und mir im Grunde gesagt wird: Vertraue nur, die Mächtigen, die werden schon das Gute für euch tun. - Das ist eine Erfahrung, die mir 40 Jahre lang vorgehalten worden ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der SPD und der PDS)

Ich komme aus der Kirche, und die Kirche hat mir in den vierzig Jahren gesagt: Vertraue nur, wir Leitungskader in der Kirche werden hinter verschlossenen Türen mit den politisch Mächtigen in diesem Lande etwas aushandeln, was dem gesamten Volke zugute kommt.

Heute denken viele Leute in der Kirche nicht mehr gern zurück, und damit komme ich zu einem anderen Punkte unserer politischen Kultur in diesem Lande, die auch mit diesem Vertrag zusammenhängt: Was hier stattfindet, ist im Grunde ein Stellvertreterkrieg. Die PDS wird permanent verhaun dafür, daß

das ganze Volk an diesem Spiel mitgetan hat. Das ist zwar unpopulär zu sagen, aber es ist so, auch ich und jeder, der in diesem Lande es zu etwas gebracht hat, hat die Rituale des real existierenden Sozialismus mit vollzogen!

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der PDS und SPD)

Und ich denke, die Abkehr von diesen Ritualen gegenüber den Mächtigen ist etwas, was durchaus notwendig ist.

Und jetzt zum Staatsvertrag und zu diesem Mantelgesetz zurückkommend: Ich halte es für eine Entmündigung, wenn ich vorgestern auf den Tisch etwas bekomme unter diesem Stichwort: Vertraue nur! Denn die Bundesrepublik Deutschland ist keine Heilsarmee, sondern ist ein Interessenverband, in dem politische Interessen eine hohe Rolle spielen. Es sind auch persönliche und Machtinteressen im Spiel. Das muß man sich klar machen! Und diese persönlichen und politischen und anderen Interessen laufen natürlich auch über so ein Gesetz, auch über ein Mantelgesetz, auch über eine vierzig Jahre gewachsene Gesetzlichkeit der Bundesrepublik.

Wir übernehmen also nicht einen paradiesischen Zustand! Sicher einen relativ höheren rechtsstaatlichen Zustand, als wir ihn bisher in der DDR gehabt haben. Aber: Auch in der Bundesrepublik gibt es eine tiefe Kritik an dem bestehenden System, denn die westeuropäischen Industriegesellschaften sind nur deshalb reich, weil andere Regionen dieser Welt verarmen und weil man auf Kosten der Umwelt produziert!

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der SPD und der PDS)

Wir, meine Damen und Herren, wir sind am Ende einer Sackgasse angekommen. Das ist unbestritten. Die Frage ist nur, ob der Umstieg nicht auch ein Umstieg ist auf eine Fahrstraße, an deren Ende eben auch eine Sackgasse besteht!

Wir hatten gedacht, bei dem Vereinigungsprozeß zu einem neuen deutschen Nationalstaat die kritischen Elemente, die man in einer modernen Industriegesellschaft einbringen könnte, mit einbringen zu können. Wir hatten gedacht, wir wären Partner. Aber wir sind im Grunde nur Juniorpartner, eigentlich Leute, die nur noch zustimmen können. Wenn Sie sich hier den Paragraphen 33 des Mantelgesetzes ansehen, dann ist es doch so, daß im wesentlichen in der Bundesrepublik entschieden wird! Wir können eigentlich bis November in Urlaub gehen. Die wesentlichen Entscheidungen fallen nicht hier, sondern woanders!

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Uns sagt man immer, wir würden Angst machen. Es geht gar nicht darum, Angst zu machen. Wir, so denke ich, alle, die hier sitzen, vertreten die Bevölkerung. Etwa 25 000 Frauen und Männer haben jemanden von uns gewählt, alle sind gewählt worden, und sie erwarten von uns, daß wir sozusagen Schaden von ihnen abwenden und ihnen eine soziale Sicherheit verschaffen, und zwar nicht nur ihnen, nicht nur die schnelle Mark für heute, sondern auch die Zukunft für morgen, auch für ihre Kinder und die, die nach ihnen kommen. Und wir streiten darum - und das ist das Problem -, welches der bessere Weg ist.

Ich denke, es ist eben doch eine Sturzgeburt. Sie wird nicht mehr zu verhindern sein. Was wir nun noch machen können, das ist im Grunde Schadensbegrenzung. Und insofern sage ich, dieses Mantelgesetz und alles, was damit zusammenhängt, soll in die Ausschüsse. Wir müssen kritisch nachbessern, aber es ist nicht die optimale Lösung. Die optimale Lösung ist verhindert worden durch Fremdbestimmung, das heißt im wesentlichen dadurch, daß der Wahlkampf entschieden worden ist durch den massiven Eingriff der bundesrepublikanischen Politiker in diesem Lande.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Schröder (SPD):**

Könnten Sie genauer sagen, welches der hier vorgelegten Gesetze nach Ihrer Meinung in der Dritten Welt Armut erzeugt?

(Zwischenruf: Alle!)

**Tschiche (Bündnis 90/Grüne):**

Ich weiß schon, Herr Abgeordneter Schröder, das ist natürlich eine Fangfrage. Denn erstens kenne ich die Gesetze nicht alle so genau, um das beantworten zu können, aber die Gesamtorganisation der Bundesrepublik - ich will es an einem Beispiel erläutern: Wenn in einem Lande die Bananen billiger sind als die heimischen Äpfel, dann ist in der Organisation dieser Gesellschaft etwas nicht in Ordnung! An welchen Gesetzen das hängt, weiß ich nicht, ich bin kein Jurist, aber daß in dieser Gesellschaft so etwas nicht in Ordnung sein kann, das sieht man doch klar.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

**Dr. Krause (CDU/DA):**

Herr Abgeordneter, könnten Sie bitte ein Konzept vorlegen, wie wir ...

(Heiterkeit und Unmutsäußerung bei der PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

Gestatten Sie bitte, ich glaube, daß ich maßgeblichen Anteil mit der Verhandlung des Staatsvertrages für ein Konzept habe,

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

das Sie ja kritisieren. Sie müßten nur erst einmal ein besseres vorlegen, das ist ja das Problem.

(Zuruf vom Bündnis 90/Grüne: Wir sind 4 %, Herr Krause!)

Könnten Sie ein Rezept vorlegen, wie wir in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit 40jährige Fehlentwicklung - und da gebe ich Ihnen recht, an der fast jeder Bürger der DDR selbst mit beteiligt war - verändern können? Das wäre wichtiger als zu polemisieren.

**Tschiche (Bündnis 90/Grüne):**

Ich denke, Herr Abgeordneter Krause, das Problem liegt darin, daß Sie durch die politischen Aussagen, die Sie im Spätherbst und im frühen Winter getroffen haben, bereits die politischen Weichen zu diesem schnellen Sturz gestellt haben. Wenn damals die verantwortlichen Parteien gesagt hätten: Bundesrepublik, wir verhandeln mit Euch, der Weg nach Europa führt über die deutsche Einheit, aber wir brauchen dazu eine gewisse Zeit, wir brauchen zuerst die Wirtschaftsreform, dann einen Währungsverbund und dann einen gemeinsamen Weg - dann wäre das möglich gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Das ist nicht mehr drin, ich weiß das.

Als letzter Punkt: Ich bitte alle, die an dem Prozeß beteiligt sind, jetzt in den Ausschüssen die Schadensnachbesserung so gut wie möglich zu machen. Ich hoffe, daß wir den eigentlichen Prozeß der Gesundung der europäischen Industriegesellschaften noch vor uns haben und daß uns das Experiment gelingen wird, jenseits von den heutigen Formen zu einer gerechten, sozial verträglichen und ökologischen Gesellschaft zu kommen. Wir sind noch nicht da, und auch der künftige deutsche Nationalstaat ist erst eine Durchgangsstation und noch nicht das Ziel.

(Beifall bei der PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Anfrage von Herrn Minister Ebeling?

**Ebeling (DSU):**

Herr Abgeordneter, Sie haben die Entwicklungspolitik ja ein wenig angesprochen. Ich darf Ihnen eine Frage stellen, oder gestatten Sie zwei Fragen: Ist Ihnen bekannt, daß die wirtschaftliche Situation, in die unser Land geraten ist, durch die verfehlte Politik der SED zustande kam?

(Unruhe bei der PDS)

Ich stelle polemische Fragen, wie Sie hier polemisch reagiert haben.

(Poppe, Bündnis 90/Grüne: Was haben Sie denn während der Zeit gemacht?)

Darf ich eine zweite Frage stellen?

**Tschiche (Bündnis 90/Grüne):**

Ich möchte gern antworten. Ich gebe zu: Die Art und Weise, wie bei uns die Wirtschaft verwaltet worden ist, das ist im wesentlichen zu verantworten durch politische Grundsatzentscheidungen, die zusammenhängen mit der Idee vom demokratischen Zentralismus - das ist klar, das ist unbestritten. Nur muß man zugleich sagen, daß wir alle miteinander in Anpassungsritualen dies mit vollzogen haben. Lesen Sie nur mal nach, was geschrieben worden ist! Vom „verbesserlichen Sozialismus“ hat die Kirche geschrieben.

(Zuruf von der CDU/DA: Wir nicht! - Heiterkeit und Unmutsäußerungen bei der PDS)

Nun gut, vielleicht gibt es Ausnahmen. Ich will nicht von mir reden.

Die nächste Frage bitte!

**Ebeling (DSU):**

Ich möchte im Namen der 16 Millionen Bürger der DDR das zurückweisen,

(Heiterkeit und lauter Widerspruch bei der PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

daß Sie ein ganzes Volk zu Mittätern stempeln. Dagegen protestiere ich.

(Beifall, vor allem bei der CDU/DA und bei der DSU)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Bitte, Herr Minister, Sie wollten noch eine Frage stellen.

**Ebeling (DSU):**

Ist Ihnen bekannt, daß vom Bündnis 90 bis heute in meinem Ministerium keine Vorschläge für eine positive Entwicklungspolitik Ihrer Seite eingegangen sind?

(Beifall)

**Tschiche (Bündnis 90/Grüne):**

Ich glaube, auf die Frage brauche ich nicht zu antworten.

(Schwacher Beifall)

Ich will nur noch einmal eins sagen, damit das klar ist, und dann höre ich auf: Ich denke, wir sind alle Täter und Opfer gewesen. So ist es, und so wird aus der Sache ein Schuh. Aber ich kann es nicht mehr ertragen, wenn in diesem Hause so getan wird, als wenn auf der einen Seite die Täter sitzen und auf der anderen Seite die Opfer.

(Beifall)

Märtyrer hat es in diesem Lande kaum gegeben, und es ist nie Blut geflossen, und deswegen ist es nach meiner Ansicht unerhört - in diesem Lande, nicht in der Sowjetunion, aber in diesem Lande -, etwa den Herrn Freisler mit der Frau Benjamin gleichzustellen. Da ist eben doch noch ein Unterschied. - Schönen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter - tut mir leid, er gestattet keine Anfragen mehr.

Ich bitte jetzt von der Fraktion Die Liberalen den Abgeordneten von Ryssel, das Wort zu nehmen.

**Von Ryssel (Die Liberalen):**

Werte Abgeordnete! Am Anfang meiner Ausführungen möchte ich die Gelegenheit nutzen, all denen zu danken, die den Staatsvertrag einschließlich der Anlagen und die dazu notwendigen Gesetzesveränderungen und Gesetzesvorlagen in hoher Qualität erarbeitet haben.

(Beifall bei CDU/DA, Liberalen und DSU)

Mit der Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes in einer europäischen Friedensordnung getan.

Mit dem Staatsvertrag haben wir ein Instrumentarium zur Umstellung der planrigistischen Wirtschaft der DDR auf die soziale Marktwirtschaft. Der Staatsvertrag baut auf die schöpferischen Kräfte der Menschen in der DDR und knüpft damit an die Vision Ludwig Erhards aus dem Jahr 1953 an, als er sagte:

„In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte entfesseln, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt.“

Dieser Vertrag macht die soziale Marktwirtschaft zur Grundlage für die weitere Entwicklung mit sozialem Ausgleich, sozialer Absicherung und Verantwortung gegenüber der Umwelt in der DDR. Die Menschen in der DDR werden teilhaben können an den Chancen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie sie sich in der Bundesrepublik durch Leistungskraft bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich erfolgreich bestätigt hat. Und wir wissen alle: Etwas langsamer wäre vielleicht schöner gewesen, aber ich muß hier einige Vorredner darauf hinweisen: Die dramatischen Entwicklungen in der DDR machen einen Prozeß der allmählichen Annäherung unmöglich.

Wir begrüßen deshalb auch das Angebot der Bundesregierung, zum 1. Juli in der DDR die D-Mark als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel einzuführen. Das erfordert natürlich, daß in der DDR zeitgleich die Voraussetzungen für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden. Deshalb ist es auch notwendig, daß eine Anzahl von Gesetzen der Bundesrepublik in der DDR in Kraft gesetzt wird. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht die Einführung bestimmter Anpassungen vor.

Vor den Abgeordneten dieses Hohen Hauses steht nun die Aufgabe, diese Gesetze auf ihre Anwendbarkeit und ihre Aus-

wirkungen insbesondere in der Übergangsphase zu bewerten. Wir sollten unsere Aufmerksamkeit darauf richten, daß das Ziel, nämlich die schnelle Umwandlung der Wirtschaft, nicht vernachlässigt wird.

Ich betone - und da sind sich die Liberalen in der gesamten DDR einig: Nur eine effiziente Volkswirtschaft ist der Garant für eine stabile und gleichzeitig soziale Gesellschaftsordnung.

Es war uns leider nicht möglich, bis zum heutigen Tage alle Gesetze durcharbeiten. Aber ich möchte doch an einem Beispiel die Problematik aufzeigen. Wir gehen hier etwas positiver heran als Prof. Heuer. Ich sehe auch im Kreditwesengesetz einige Probleme, aber ich sehe sie mehr auf der Seite, wie unsere Betriebe in Gang kommen sollen, und sehe nicht gleich die schwärzeste Seite, den Konkurs. So wird zum Beispiel im § 18 der Kreditnehmer verpflichtet, durch die Vorlage der Jahresabschlüsse seine wirtschaftlichen Verhältnisse offenzulegen.

Das ist aber durch die derzeitige Situation in den Betrieben der DDR nicht möglich. Hier müssen entsprechende Rahmenbedingungen für die Gewährung von Krediten, z. B. Bürgschaften, geschaffen werden, damit die Umstellung auf effektive und wettbewerbsfähige Produktion nicht an der fehlenden Ausreichung von Krediten scheitert.

In diesem Zusammenhang sind auch Überprüfungen von gezielten Entschuldungsmaßnahmen einzelner Betriebe durchzuführen, wobei wir nicht der Meinung sind, daß eine globale Entschuldung einfach so durchgeführt werden kann.

Weiterhin empfehlen wir, von den Ausschüssen zu prüfen, ob die Festlegung im § 3 Abs. 2 des Gesetzesentwurfes zur Wahrnehmung der Aufgaben der Landesregierung durch die Bezirksverwaltungen vorteilhaft ist.

Die Einführung der in der Gesetzesvorlage vorgesehenen Teile von Gesetzen ist eine Voraussetzung für die einheitliche Wirtschaftsordnung in beiden deutschen Staaten. Damit schaffen wir die Basis auch für die staatliche Einheit. Je besser wir diesen Prozeß beherrschen, um so größer wird die Chance, durch baldige gemeinsame Wahlen den Wunsch des deutschen Volkes nach der Einheit Deutschlands zu verwirklichen.

Wir, die Fraktion Die Liberalen, stimmen dem Antrag zur Überweisung in die Ausschüsse unter Federführung des Rechtsausschusses zu.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter von Ryssel. Ich bitte jetzt von der Fraktion der DBD/DFD Herrn Dr. Meyer-Bodemann, das Wort zu nehmen.

**Dr. Meyer-Bodemann für die Fraktion DBD/DFD:**

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Die Fraktion DBD/DFD hat dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich zugestimmt, weil dieser Vertrag dem Teil des deutschen Volkes, der in den Ländern Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wohnt, Freiheit, Demokratie, Wohlstand sowie das Leben und Arbeiten wieder in einer ungeteilten deutschen Heimat verspricht.

(Beifall)

Wir haben diesem Vertrag auch deshalb grundsätzlich zugestimmt, weil sich unsere Wähler im Wahlkampf für die deutsche Einheit entschieden haben. Unsere Wähler haben uns Vertrauen geschenkt, weil wir ihre Ziele so gut wie möglich und ehrlichen Herzens verwirklichen wollen.

Wir sind uns bei der Zustimmung zum Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik - dem Mantelgesetz - nicht sicher, ob unsere Zustimmung, die im guten Glauben an die Gewissenhaftigkeit der Regierung bei den Staatsvertragsverhandlungen Deutsche Demokratische Republik/Bundesrepublik Deutschland gegeben wird, auch nach Inkrafttreten dieses Mantelgesetzes dem Votum unserer Wähler in jedem Falle entspricht.

Wir sind uns deshalb nicht sicher, weil wir die Gesetze, die geändert werden, nur teilweise oder gar nicht kennen. Bei allem Verständnis für den Zeitdruck im Hinblick auf die unseren Bürgern versprochene Währungsunion zum 2. Juli fragen wir: Warum erscheint in der Vorlage zum Mantelgesetz nicht der zusammengefaßte Wortlaut des entsprechenden bundesdeutschen Gesetzes? Warum gibt es kein detailliertes Informationsmaterial über die betreffenden Gesetze? Warum mutet man uns zu, über Nacht und ohne Sprachlehrer eine ungewohnte Gesetzessprache zu beherrschen?

(Beifall bei der DBD/DFD-Fraktion)

Wenn dem Bauern die Zeit davonläuft, auch dem Genossenschaftsbauern, dann sitzt er zur Sicherung seines Einkommens und zur Sicherung der Ernährung des Volkes auch am Sonntag oder Feiertag auf dem Traktor. Warum, Frau Präsidentin, tagt das Parlament nicht außerplanmäßig am Pfingstmontag zum Mantelgesetz, zu einem sehr wichtigen Gesetz, damit die Abgeordneten sich kundig machen und somit sachkundiger darüber beschließen können?

Wir fordern von der Regierung und vom Präsidium dieser Kammer mehr Möglichkeiten zur Vorbereitung von Gesetzesvorlagen und bessere Möglichkeiten zur Nutzung des Zeitfonds.

Aus dem Inhalt des vorgelegten Mantelgesetzes ergeben sich für unsere Fraktion folgende dringliche Fragen an die Regierung:

Welches Anpassungsgesetz regelt den rechtlichen Status von Produktionsgenossenschaften des Handwerks, von Fischereigenossenschaften und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften? Ein solches Anpassungsgesetz ist erforderlich, weil das bundesdeutsche und das Gesellschaftsrecht unseres Landes diese Körperschaften gar nicht enthält.

Ohne entsprechendes Anpassungsgesetz müssen diese Betriebe aufgelöst und verkauft werden, um dann vielleicht eine dem Gesellschaftsrecht entsprechende Produktionsgenossenschaft unseres Rechtes oder des Rechtes der Bundesrepublik zu bilden. Diese Betriebe aber verkörpern rund eine Million Arbeitsplätze in der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Betriebe sind im Gegensatz zu vielen volkseigenen Betrieben nicht oder nur wenig verschuldet und mit Krediten belastet, bedeuten also sichere Arbeitsplätze, die wir ohne ein solches Anpassungsgesetz aufs Spiel setzen. Ich glaube, das können wir nicht gebrauchen.

Eine fundierte Antwort brauchen wir auch auf die dringlichen Fragen unserer Wähler, welche konkreten Inhalte die Gesetze - Gesetz zur Umwandlung von VEG in Landes-, Lehr- und Versuchsgüter der Staatsgüter, Gesetz über Wasser- und Bodenverbände, Gesetz zur Änderung des Jagdgesetzes, Gesetz zur Änderung des Lebensmittelgesetzes, das Tierzuchtgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das Fleischhygienegesetz der Bundesrepublik Deutschland, das Tierschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Bundestierseuchenverordnung und schließlich - letztens - auch, welche konkreten Inhalte die Anlage 9 des Staatsvertrages denn nun bedeuten. Welche - das ist die zweite Frage - Einführungsfristen seitens der Regierung ab 1. Juli nach Inkrafttreten des Staatsvertrages sind dafür vorgesehen?

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Meyer-Bodemann: Ja.)

**Prof. Dr. Kauffold (SPD):**

Herr Abgeordneter! Ist Ihnen bekannt, daß die SPD-Fraktion dem Präsidium ein Anpassungsgesetz übergeben hat, das den Status der Genossenschaften regelt?

**Dr. Meyer-Bodemann (DBD/DFD):**

Nein, ist mir nicht bekannt, und es steht mir auch nicht zur Verfügung.

**Prof. Dr. Kauffold (SPD):**

Dann ist es Ihnen jetzt bekannt. Wir wollten dieses Gesetz eigentlich schon in dieser Sitzung der Volkskammer einbringen und rechnen damit, daß es in der nächsten Sitzung behandelt wird.

**Dr. Meyer-Bodemann (DBD/DFD):**

Gut. Wir würden dringlich darum bitten, daß wir mit diesem Gesetzesvorschlag bekannt werden. In diesem Sinne kann ich meine Vorredner voll unterstützen, die kostenlose Aufklärung und Überrumpelungsschutz gefordert haben. Sehr schnell sollten auch freiberufliche Rechts- und Steuerberater aus beiden deutschen Staaten bei uns zugelassen und gefördert werden. Wir möchten dringend wissen, welche Körperschaftssteuer, welche Vermögenssteuer, welche Gewinnbesteuerung ab 1. Juli 1990 für unsere Handwerks- und Produktionsgenossenschaften ganz konkret zutreffen.

Insgesamt stimmt die Fraktion DBD/DFD vorbehaltlich der aufgeworfenen Probleme und vorbehaltlich der dringlichen Beantwortung der aufgeworfenen Fragen der Überweisung des Mantelgesetzes in die Ausschüsse zu. Danke.

(Beifall)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich möchte auch gleich Ihre Frage beantworten, die Sie an mich gestellt haben. Wir haben heute die Lesung angesetzt, damit über Pfingsten bereits an den Textentwürfen gearbeitet werden kann, weil sonst die Überweisung an die Ausschüsse erst am Montag erfolgt wäre. Ich hoffe, Sie sind auf Grund der Dringlichkeit damit einverstanden.

Ich bitte nun von der Fraktion CDU/DA, den Abgeordneten Dr. Krause, das Wort zu nehmen.

**Dr. Krause für die Fraktion der CDU/DA:**

Werte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Bemerkungen noch aus unserer Sicht zu falsch dargestellten Zusammenhängen. Wir müssen, wenn wir über das Mantelgesetz beraten, natürlich das fehlende Spekulationsrecht - der Kollege Heuer ist leider jetzt hier nicht anwesend - in Verbindung mit den vertraglich fixierten Bedingungen sehen. Ich bitte zu akzeptieren, daß beispielsweise mit dem in den Ausschüssen oder im Ausschuß für Landwirtschaft erarbeiteten Gesetz eben auch diesem Problem mit begegnet werden wird, Spekulationen weitgehend zu vermeiden. Außerdem möchte ich sachlich darauf hinweisen, daß eben im Staatsvertrag, ich zitiere die Anlage 9, Punkt 4:

„Da es zunächst an einem funktionsfähigen Markt für Grund und Boden und entsprechenden Marktpreisen fehlen wird, kann im Rahmen der Vertragsfreiheit ...“

genau an diesen Punkt gedacht worden ist, daß wir genau das Spekulieren vermeiden wollen.

Und ich würde meinen, daß wir im Rahmen der parlamentarischen Initiative nicht in diesem Staatsvertrag, sondern in den

gesetzlichen Regelungen im Rahmen der Souveränität der DDR darüber nachzudenken haben. Was wir darunter verstehen, will ich an den Vorbehaltsklauseln erläutern.

Erstens: Jemand, der Grund und Boden erwirbt, hat nur dann das Recht, diesen erworbenen Grund und Boden zu behalten, wenn er in einem bestimmten, relativ kurz befristeten Zeitraum auch wirklich investiert. Nennen wir eine Zahl: Er hat das Recht, innerhalb eines Jahres zu investieren. Wenn die Investition nicht erfolgt, dann kann davon ausgegangen werden, daß er den Boden eben nicht zum Investieren erworben hat.

Punkt Nr. 2, das Problem des Marktes des Bodens: Wir gehen davon aus, daß der Abstand nach einer bestimmten, zu vereinbarenden Zeit zu zahlen ist. Und wir gehen dann natürlich auch davon aus, daß das eigentlich in der gegenwärtigen Situation eine Investitionszulage ist, also so wie eine Investitionszulage wirkt. Und wenn sich der Bodenmarkt in der DDR vergleichbar entwickelt hat, ist natürlich der entsprechende Abstand zu zahlen. Das vielleicht als Ergänzung.

Zum Punkt Nr. 3: Ich war auch dankbar für den Beitrag des Kollegen vom Bündnis 90. Wir sehen das ähnlich, daß es zuallererst in der DDR Opfer, aber auch Täter gibt. Häufig sind aber Opfer zu Tätern geworden, natürlich auch Täter zu Opfern. Wir meinen aber, daß wir in der sachlichen Auseinandersetzung bitte berücksichtigen wollten, daß mit der Grenzöffnung am 9. November natürlich das Schrittmäß für alle Vorhaben festgelegt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Und wir sind auch der festen Überzeugung, daß man aus wissenschaftlicher Sicht natürlich zuallererst beispielsweise die Produktivität unserer Wirtschaft hätte erhöhen müssen, um dann die D-Mark einzuführen. Bloß, diese Lehrsätze müssen wir aufgrund der nicht zur Verfügung stehenden Zeit aufgeben. Das ist hier das Problem,

(Vereinzelt Beifall)

Und deshalb sollten wir in diesem Rahmen die Diskussion nicht mit Polemik, sondern rational führen.

Vielleicht noch zur Anlage 2 und zum Mantelgesetz, das natürlich nur die gesetzlichen Vorschriften, die zur Realisierung der vertraglichen Vereinbarung aus der Sicht beider Staaten erforderlich sind, beinhaltet. Das läßt offen, daß die DDR noch andere, zusätzliche Regelungen in ihrer Souveränität realisiert. Und ich würde mich freuen, wenn wir diese wichtige Entscheidung, diesen Weg zu gehen, bitte immer alternativ mit anderen möglichen Wegen diskutieren. Ich kenne keinen anderen möglichen Weg, der von der Opposition zusammenhängend zur Überwindung der Probleme vorgelegt worden ist, zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme mit einer solchen Absicherung, daß wir eben nicht aus dem Konsumbereich das Geld herausnehmen, um zu akkumulieren, was in vielen anderen europäischen Ländern zu einem entscheidenden Verfall der Sozialleistungen geführt hat. Und genau das ist - so meinen wir - der Vorteil dieses Vertrages, und daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit dieser Mantelgesetzgebung. Danke schön.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krause. Ich bitte jetzt als letzten Redner den Abgeordneten Frank Wietschel von der SPD, das Wort zu nehmen.

**Wietschel (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach Informationen des Ministeriums für Arbeit und Soziales müssen wir in der kommenden Woche mit dem 100 000. Arbeitslosen rechnen. Wir haben niemals gesagt, daß die Vorteile der deutschen Ein-

heit unproblematisch und ohne Schwierigkeiten zu haben sind. Das brachte uns den Vorwurf ein, wir würden Angst erzeugen und die Einheitsbestrebungen bremsen, und es brachte uns um Wählerstimmen. Wir waren aber von Anfang an für die Einheit, hielten sie trotz aller Schwierigkeiten für machbar und sind nach wie vor der Meinung, daß sie für alle Bürgerinnen und Bürger der DDR am Ende die beste Lösung ist.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die uns wählten, und viele andere auch waren und sind ebenso für die Einheit und sind bereit, dafür Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen. Aber, meine Damen und Herren, es muß abzusehen sein, daß diejenigen, die jetzt die Schwierigkeiten auf sich nehmen, in absehbarer Zeit durch bessere Lebensbedingungen belohnt werden. Die augenblickliche Situation ist aber die, daß viele von denen, die an unserer wirtschaftlichen Situation Mitschuld tragen, in ihren Bestrebungen, Jungunternehmer oder Topmanager zu werden, erfolgreich zu sein scheinen, während denen, die früher schon nichts zu sagen hatten und machtlos den Entscheidungen derselben, die sich damals noch „sozialistische Leiter“ nannten, ausgeliefert waren, jetzt die Arbeitslosigkeit droht.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Situation besteht dringender Handlungsbedarf. Bestehende Gewerkschaften haben noch längst nicht das Vertrauen der Mehrheit der Arbeitnehmer zurückgewonnen. Neue Gewerkschaften gründen sich vereinzelt und sind noch schwach. Betriebsräte existieren zum Teil, aber ohne gesetzliche Grundlagen. Täglich erreichen uns Briefe, in denen wir aufgefordert werden, endlich die Gesetzgebung zu Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifrecht und Kündigungsschutz zu initiieren.

Das uns heute eingebrachte Mantelgesetz enthält in seinem die Sozialunion betreffenden Teil genau die eben von mir genannten Gesetze. Sie sind in der Form, in der sie hier vorliegen, das Ergebnis jahrzehntelanger Anstrengungen der bundesdeutschen Arbeitnehmer, ihre Interessen zu sichern. Und, meine Damen und Herren, so schlecht können diese Gesetze nicht sein, denn kein westdeutscher Arbeitnehmer, ja nicht einmal ein Arbeitsloser ist in den zurückliegenden Jahren in die DDR ausge-  
reist.

(Beifall bei SPD, CDU/DA und DSU)

Trotzdem gibt es auch in der Bundesrepublik Stimmen, die darauf hinweisen, daß Teile dieser Gesetze reformbedürftig sind. Auch wir meinen, daß bei der detaillierten Diskussion Anpassungsbedarf an unsere konkrete Situation deutlich wird. Diese Anpassung vorzunehmen ist unsere Aufgabe in den Ausschüssen.

Aber, meine Damen und Herren, wir stehen bei der Einführung dieser Gesetze unter großem Zeitdruck, unter einem Zeitdruck, der uns nicht durch die Bundesregierung oder durch den Wunsch nach schneller Einführung der D-Mark auferlegt wurde, sondern unter einem Zeitdruck, den die Arbeitnehmer der DDR fordern,

(Beifall bei SPD, CDU/DA und DSU)

die sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen immer mehr in einem rechtsfreien Raum sehen. Nur die schnelle Einführung von Gesetzen zu Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifrecht und Kündigungsschutz können Willkürentscheidungen von zu kapitalistischen Jungunternehmern avancierten ehemaligen stalinistischen Funktionären ein Ende setzen.

(Beifall bei SPD, CDU/DA und DSU)

Die Annahme des Mantelgesetzes nach der Bearbeitung in den Ausschüssen legitimiert die bereits vor Inkrafttreten nach demokratischen Grundsätzen gewählten Betriebsräte. Und ich verstehe hierunter Betriebsräte und nicht BGLs, die ohnehin ju-

ristisch legitimiert sind, aber deren Legitimation dem Arbeitnehmer gegenüber fragwürdig geworden ist.

(Beifall bei SPD, CDU/DA und DSU)

Unser heutiges Votum wird nicht ohne Einfluß auf die Positionen dieser inzwischen auch ohne Rechtsgrundlage geschaffenen Betriebsräte sein.

Meine Damen und Herren! Wir alle sind unter großem Zeitdruck und kennen, da wir die Unterlagen erst gestern bekommen haben, die Gesetze, die mit dem Mantelgesetz anzunehmen sind, nur teilweise. Meine Ausführungen sollen sich jetzt ausschließlich auf die Gesetze zur Sozialunion, also die Gesetze zur Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Kündigungsschutz und Tarifrecht beziehen. Ich möchte Ihnen allen aus der Verantwortung für unsere Arbeitnehmer heraus eindringlich empfehlen, dieses Gesetz an die Ausschüsse zu verweisen, dort konstruktiv zu bearbeiten und unseren Arbeitnehmern schnell die Gesetze zukommen zu lassen, die ihnen endlich wieder Rechtssicherheit geben.

(Beifall, vor allem bei SPD, CDU/DA und DSU)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wietschel. - Mir liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Vorschlag des Präsidiums, die Drucksache Nr. 29 außer an den Ausschuß Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität sowie den Petitionsausschuß an alle Ausschüsse unter Federführung des Rechtsausschusses zu überweisen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Danke. Damit ist der Vorschlag mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun die Punkte 2 bis 5 der Tagesordnung auf:

**2. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik**  
- **Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens der Deutschen Demokratischen Republik**  
(1. Lesung)  
(Drucksache Nr. 47),

verbunden mit

**3. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik**  
- **Gesetz über den Rechnungshof der Republik**  
(1. Lesung)  
(Drucksache Nr. 48)

und mit

**4. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik**  
- **Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der Deutschen Demokratischen Republik (Haushaltsgrundsatzgesetz - HGrG)**  
(1. Lesung)  
(Drucksache Nr. 49)

sowie mit

**5. Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik**  
- **Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik**  
(1. Lesung)  
(Drucksache Nr. 50).

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 5 werden in 1. Lesung zusammengefaßt vom Minister der Finanzen, Herrn Dr. Walter Romberg, begründet. Bitte, Herr Minister.

**Dr. Romberg, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Ihnen liegen heute eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe zur Beratung vor, die das

gesamte Haushaltsrecht und die Finanzkontrolle in unserer Republik neu regeln und eine Haushaltsreform einleiten. Die Gesetzesvorlagen entsprechen den Festlegungen der Anlage IV zum Entwurf des Staatsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, wonach die DDR eine Haushaltsordnung in Kraft setzt, die die Regelungen der Bundshaushaltsordnung enthält, wichtige Grundsätze des Haushaltsgrundsatzgesetzes der BRD übernimmt und durch einen Rechnungshof eine unabhängige Finanzkontrolle der öffentlichen Verwaltung einführt. Diesem Grundanliegen entsprechen die vorliegenden Entwürfe des Gesetzes über die Grundsätze des Finanzwesens der DDR, des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder, auch Haushaltsgrundsatzgesetz genannt, des Gesetzes über die Haushaltsordnung der Republik sowie des Gesetzes über den Rechnungshof der DDR.

Alle diese Gesetze stehen in einem inneren Zusammenhang, wobei das Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens als Finanzverfassung den Kern der Neuregelung des Haushaltswesens in der DDR darstellt.

Gestatten Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen zu den einzelnen Gesetzesvorlagen. Das Gesetz über die Grundsätze des Finanzwesens regelt die Aufteilung der Finanzverantwortung zwischen der Republik und den Ländern, die sich aus der Wahrnehmung der zentralen Republik- und Landesaufgaben ergibt, und bestimmt den Finanzrahmen des politischen Handelns im Rahmen der durch die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik festzulegenden Zuständigkeit von Republik und Ländern. Auf dieser Grundlage wird die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Republik und der Länder in der Planung, Ausführung und Kontrolle ihrer Haushalte gewährleistet. Die verbindlich festgelegte Verteilung der Einnahmen auf die Republik und die Länder sichert, daß keine Ebene von der anderen - oder nur bedingt - finanziell abhängig ist.

Der Sinn des Haushaltsgrundsatzgesetzes besteht darin, durch die Volkskammer gemeinsam für alle Gebietskörperschaften geltende Grundsätze für das Haushaltsrecht festzulegen. Damit wird die Rechtseinheitlichkeit bei der Reform des gesamten Haushaltswesens in der Republik, werden der zentrale Haushalt und die Länderhaushalte in den tragenden Grundsätzen gesichert und die Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte im Plan und Rechnungsaufbau hergestellt. Das betrifft die Aufstellung und Ausführung des Staatshaushaltsplanes, die Zahlungen und Rechnungslegungen sowie die Prüfung und Entlastung mit den Aufgaben des Rechnungshofes.

Der vorliegende Gesetzentwurf über die Haushaltsordnung der Republik entspricht dem Gesetzgebungsauftrag des § 1 des Gesetzentwurfes über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder. Er steht in voller Übereinstimmung mit diesem Haushaltsgrundsatzgesetz. Die Haushaltsordnung der Republik geht davon aus, daß der mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben verbundene Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß sich nach bestimmten Verfahrensweisen vollzieht. Sie sind durch die Haushaltsordnung festgelegt und bilden den Gegenstand des Haushaltsrechts. Im Sinne einer optimalen Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ist eine einheitliche Gestaltung der Haushaltsregeln für alle Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane notwendig. Die Haushaltsordnung stärkt die Bedeutung des Haushaltsplanes durch die Verbindlichkeit der Haushaltsansätze für die Haushalts- und Wirtschaftsführung und widerspiegelt die Notwendigkeiten hoher Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der öffentlichen Haushaltswirtschaft.

Der Ihnen ebenfalls vorliegende Gesetzentwurf über die Bildung eines Rechnungshofes der Republik steht in engem Zusammenhang mit dem Haushaltsgrundsatzgesetz und dem Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik. Hohe Effizienz der Wirtschaft, stabile Staatseinnahmen sowie die wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Ausgaben erfordern eine wirksame und von den staatlichen Organen unabhängige Finanzkontrolle. Diesem Anliegen entsprechend ist die Bildung eines Rechnungshofes der Republik erforderlich, der als zentrales Organ der Finanzkontrolle der DDR bei der Lösung seiner

Aufgaben ausschließlich an das Gesetz gebunden und nur der Volkskammer rechenschaftspflichtig ist.

Mit der Bildung eines Rechnungshofes der Republik wird an Stelle der bisher eingeschränkten Prüfungstätigkeit durch die Staatliche Finanzrevision des Ministeriums der Finanzen eine alle staatlichen Verantwortungsbereiche umfassende Finanzkontrolle ermöglicht. Prüfungsfreie Räume sind nicht mehr vorhanden. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Unabhängigkeit des Rechnungshofes von den Exekutivorganen bildet darüber hinaus die Voraussetzung für eine umfassende und wahrheitsgemäße Information der Volkskammer und ihrer Abgeordneten über die Situation in den Staatsfinanzen. Sie dient der Einhaltung und Wirksamkeit der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Haushalts- und Finanzwirtschaft.

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Mit diesem neuen Haushaltsrecht wird das bisherige Haushaltsrecht der DDR aufgehoben. Mit seiner Beschlußfassung wird das neue Haushaltsrecht bereits für die Aufstellung und Durchführung des Haushaltsplanes für das 2. Halbjahr 1990 wirksam. Ich möchte jedoch hervorheben, daß zur praktischen Verwirklichung dieses Gesetzes noch eine Reihe komplizierter Aufgaben zu lösen sind. Das betrifft insbesondere die Ausbildung der Mitarbeiter auf dem Gebiet der Haushaltswirtschaft auf allen Ebenen und in allen Einrichtungen. Wie Sie wissen, gibt es zwischen dem bisherigen Haushaltsrecht bzw. Haushaltssystem der DDR und dem der BRD gravierende Unterschiede. Das Haushaltssystem der DDR basiert auf einem zentralistischen Staatsaufbau. Alle Haushalte, von den Gemeinden über die Kreise und Bezirke bis zum zentralen Haushalt, sind in einem einheitlichen Staatshaushalt zusammengefaßt. Darauf fußen auch das bisherige Haushaltssystem und die gesamte Organisation der Haushaltswirtschaft einschließlich der Finanzkontrolle.

Haushaltsrecht und Haushaltssysteme wie auch Haushaltskontrolle der BRD - und dann mit den vorliegenden Gesetzen auch der DDR - beruhen auf dem föderalistischen Staatsaufbau. Mit der bereits durch die Volkskammer beschlossenen Kommunalverfassung, die auch den Grundsatz der Haushaltswirtschaft der Kommunen einschließt, wird der Schritt zum föderalistischen System und zur Eigenverantwortlichkeit der Kommunen auch in der Haushaltswirtschaft vollzogen.

Mit den vorliegenden Gesetzen wird die Souveränität der Volkskammer auf dem Gebiete des Staatshaushaltes, der Beschlußfassung über den Haushaltsplan, seine Durchführung, Abrechnung und Kontrolle gewährleistet. Dies war im übrigen das erste Recht, das sich Abgeordnete in Parlamenten erkämpft haben.

Meine Damen und Herren! Alle Abgeordneten kennen die Anforderungen, die mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verbunden sind. Das erfordert zur Verwirklichung der vorliegenden Gesetze den Einsatz aller Abgeordneten für eine sparsame und geordnete Haushaltsführung.

Wie Sie wissen, befaßte sich auch Johann Wolfgang von Goethe als Geheimrat in Weimar mit Finanzfragen und stand an der Spitze des Herzöglichen Finanzministeriums. Es hat sicher an seinen Erfahrungen und seiner Zeit gelegen, wenn er die Steuerzahler im „Faust“ klagen läßt:

„Wird es nicht alle Tage schlimmer?  
Gehorchen soll man mehr als immer.  
Und zahlen mehr als je zuvor.“

Ich möchte Ihnen, meine sehr verehrten Abgeordneten, versichern, daß mit den vorliegenden Gesetzentwürfen solche Klagen nicht begründet werden.

(Vereinzelt Beifall bei CDU/DA und SPD)

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Ich schlage vor, diese Gesetzentwürfe an die Ausschüsse zur Beratung zu überweisen. Ich verbinde diesen Vorschlag mit der Bitte an alle Abgeordneten, sich möglichst intensiv mit diesen Entwürfen zu beschäftigen. Ich denke, es ist im Sinne der Arbeit mit den Bürgern in unserem Lande, die wirtschaftlichen Grundlagen und Mög-



lichkeiten unseres Staatswesens zu verdeutlichen, wenn wir uns diese Entwürfe in den nächsten Tagen sehr genau ansehen.

Die Literatur ist im übrigen nicht so sehr kompliziert. Ich habe den Eindruck, alles ist in einer sehr flüssigen Sprache geschrieben. Ich danke den Mitarbeitern meines Ministeriums, die diese Entwürfe im wesentlichen angefertigt haben. Ich empfinde sie als ausgesprochen bürgernah.

Es wird außerdem in den nächsten Tagen bereits verschiedene Informationsmaterialien geben, die im Lande überall mit dabei helfen sollen, daß diese Gesetzentwürfe und auch andere, die aus unseren Ministerien kommen, möglichst leicht verständlich und leicht anwendbar sein werden. Danke schön.

(Beifall)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Minister.

Verehrte Abgeordnete! Ihnen liegt zu den Drucksachen Nr. 47 bis 50 ein umfangreiches Informationsmaterial vor. Eine Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 5 ist nicht vorgesehen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Überweisung der einzelnen Gesetzentwürfe an die Ausschüsse der Volkskammer.

Der Gesetzentwurf über die Grundsätze des Finanzwesens der Deutschen Demokratischen Republik, verzeichnet in der Drucksache Nr. 47, soll an den Finanzausschuß als federführenden Ausschuß und den Haushaltsausschuß überwiesen werden. Wer für die Überweisung des Gesetzentwurfes an die beiden Ausschüsse ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ja, danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - zwei.

Damit ist die Überweisung mehrheitlich angenommen worden.

Der Gesetzentwurf über den Rechnungshof der Republik, verzeichnet in der Drucksache Nr. 48, soll an den Haushaltsausschuß als federführenden Ausschuß und den Finanzausschuß und Wirtschaftsausschuß überwiesen werden. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für die Überweisung des Gesetzentwurfes an die Ausschüsse ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - eine. Danke.

Der Gesetzentwurf über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder in der Deutschen Demokratischen Republik, verzeichnet in Drucksache Nr. 49, soll ebenfalls an den Haushaltsausschuß als federführenden Ausschuß und den Finanzausschuß überwiesen werden. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für die Überweisung dieses Gesetzentwurfes ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - zwei. Damit ist auch dieser Gesetzentwurf mehrheitlich überwiesen worden.

Nun kommen wir zum Gesetzentwurf über die Haushaltsordnung der Republik, verzeichnet in Drucksache Nr. 50. Er soll an den Haushaltsausschuß als federführenden Ausschuß, an den Wirtschaftsausschuß und den Finanzausschuß überwiesen werden. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Wer für die Überweisung an die entsprechenden Ausschüsse ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ja, danke. Gegenstimmen? - Danke. Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - drei. Danke.

Verehrte Abgeordnete! Laut Ausarbeitung und Auslegung der Geschäftsordnung hat die Präsidentin die Möglichkeit, zu einer tatsächlichen oder persönlichen Erklärung außerhalb der Tages-

ordnung das Wort zu erteilen. Die Erklärung darf nicht länger als 5 Minuten dauern. Die CDU/DA-Fraktion hat dem Präsidium einen schriftlichen Antrag vorgelegt, eine kurze Erklärung über die gestrigen Vorkommnisse in der Volkskammer betreffend abzugeben. Ich bitte Herrn Dr. Krüger, das Wort zu nehmen.

**Dr. Krüger (CDU/DA):**

Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich verlese eine Erklärung der CDU/DA-Fraktion:

„Nachdrücklich protestiert die CDU/DA-Fraktion der Volkskammer gegen die Behinderung ihrer Arbeit durch Teilnehmer an der gestrigen PDS-Demonstration im Lustgarten. Nach demagogischen Ansprachen von den Volkskammermitgliedern Dr. Gregor Gysi und Dr. Wolfgang Ullmann im Lustgarten stürmten Teilnehmer der Demonstration zur Volkskammer, beschimpften Parlamentarier in übelster Weise, behinderten Minister in ihrer Bewegungsfreiheit.

(Zuruf eines PDS-Abgeordneten: Die waren nicht mehr da!)

Anschließend setzten die Demonstranten ihre sehr ernst zu nehmenden Aktionen vor dem Haus der Parlamentarier fort. Diese zu verurteilenden Provokationen linker Kräfte stehen offensichtlich im Zusammenhang mit dem gestrigen Eklat der Volkskammersitzung, als von Gästen auf der Zuschauertribüne eine provokantes Transparent entrollt wurde.

Dazu erwarten wir die Aufklärung dieser groben Verletzung der Sicherheitsbestimmungen in der Volkskammer. Bezeichnenderweise bedankte sich PDS-Abgeordneter Prof. Dr. Heuer

(Zuruf eines Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne:  
Wir sind keine Staatssicherheit!)

anschließend überaus herzlich bei den Provokateuren. Es entsteht der Anschein, daß die PDS, ihre Sympathisanten, mit linken Kampfmethoden gegen die junge Demokratie vorgehen und sich der Vergangenheitsbewältigung entziehen wollen.

Die Forderung nach Offenlegung der Gelder der Parteien hat offensichtlich zu diesen gereizten Reaktionen, vor allem von PDS-Mitgliedern und ihren Sympathisanten, geführt.

Die Fraktion erreichte heute ein Anruf aus dem Ort Schlieben im Kreis Herzberg,

(viele Abgeordnete der PDS-Fraktion verlassen den Saal)

daß dort große LKW mit Akten aus dem Haus der Parlamentarier eingetroffen sind. Diese Akten sollen in der WIG-GmbH ausgeladen werden. Wie uns gleichzeitig mitgeteilt wurde, gehört dieser Betrieb der Fundament-mbH. Uns ist bekannt, daß dies ein SED-Betrieb ist.

Die CDU/DA-Fraktion erwartet von Abgeordneten der Opposition, daß sie sich an die demokratischen Gepflogenheiten halten und die ohnehin beunruhigte Bevölkerung nicht aufwiegeln.

(Beifall)

Zudem fordert die CDU/DA-Fraktion die Verwaltung der Volkskammer auf, mit den zuständigen Ministern Maßnahmen einzuleiten, die die Sicherheit der Parlamentarier, insbesondere im Hause der Volkskammer, im Hause der Parlamentarier sowie im Parlamentarierhotel garantieren.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Wir werden jetzt so verfahren: Da zur Erklärung keine Aussprache vorgesehen ist, gebe ich Frau Dr. Niederkirchner die Möglichkeit, eine weitere Erklärung abzugeben.

**Frau Dr. Niederkirchner (PDS):**

Niederkirchner, PDS-Fraktion, Präsidium der Volkskammer. Ich möchte hier nur Herrn Dr. Krüger darauf aufmerksam machen, daß er bei der Präsidiumssitzung selbst dabei war, als beschlossen wurde, daß Präsidiumsmitglied Dr. Gottschall von der DSU die Auslagerung der Dokumente zum Freiwerden der Panzerschränke im Hause der Parlamentarier anweist. Ich meine, daß diese Art und Weise der Darstellung von Wahrheiten doch wohl nicht angetan ist, hier unsere junge Demokratie, wie Sie sich ausdrückten, in ein richtiges und ordentliches Licht zu bringen.

Ich bitte Herrn Dr. Krüger, dies auf der nächsten Beratung richtigzustellen.

(Vereinzelt Beifall bei den noch im Saal befindlichen PDS-Abgeordneten)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich würde sagen, wir werden zu diesem Thema noch einmal die Fraktionsvorsitzenden zusammennehmen und darüber sprechen. - Ein Geschäftsordnungsantrag?

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Ich bin persönlich angegriffen worden als Abgeordneter dieses Hauses. Ich muß die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Gut, dann bitte ich Sie noch einmal, das Wort zu nehmen. Und ich bitte auch Herrn Dr. Ullmann als persönlich Betroffenen, das Wort zu nehmen. Weitere Anfragen sind nicht zulässig.

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Hier ist der Ausdruck Provokateure gebraucht worden. Dieser Ausdruck stammt aus vergangenen Perioden.

(Zuruf: Aber er stimmt!)

Ich konnte gestern nicht Mittag essen, weil der Rechtsausschuß ja während der Mittagspause getagt hat, wie Sie alle wissen. Ich habe die Viertelstunde Pause benutzt, um einen Kaffee zu trinken. Da saßen vier junge Leute, die ich nicht kannte, die ich im Leben nie vorher gesehen hatte. Ich habe mich mit ihnen unterhalten. Das war alles. Ich sehe da überhaupt keinen Zusammenhang...

(Gelächter bei CDU/DA und DSU)

Ich will fragen: Wollen Sie ein neues Überwachungssystem für die Abgeordneten der Opposition einrichten? Nun frage ich Sie: Darf ich mich nicht mehr mit den Leuten unterhalten, die dort sitzen?

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Moment bitte! Ich danke Herrn Prof. Heuer für seine Erklärung und bitte jetzt nochmal Herrn Dr. Ullmann, Stellung zu nehmen.

**Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):**

Ich protestiere gegen die Art und Weise, wie über meine Rede gesprochen worden ist. Natürlich hat der Abgeordnete Krüger das Recht, das als demagogisch zu bezeichnen. Ich nehme mir das Recht, seine Erklärung, die er soeben abgegeben hat, dann ebenfalls als demagogisch zu bezeichnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der SPD und der PDS)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagung abgeschlossen. Ich möchte Ihnen allen ein angenehmes Pfingstfest wünschen.

Wir treffen uns zur 11. Tagung der Volkskammer am Donnerstag, dem 7. Juni, um 10.00 Uhr. Die 10. Tagung ist geschlossen.

Ende: 11.10 Uhr



